

351. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 12. Mai 2014, 19:30 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Vorsitz	Messerli Gregor (FDP), Präsident
1. Vizepräsidentin	Raymann-Ochsenbein Brigit (SP)
2. Vizepräsident	Wälti Martin (SVP)
1. Stimmzählerin	Zwahlen-Leibundgut Beatrix (EVP)
2. Stimmzähler	Hauser Adrian (BDP)
Mitglieder	Läderach Christof (BDP)
	Bergmann Andreas (EVP)
	Cetin Christopher (EVP)
	Cetin Mayk (EVP)
	Stöckli Rolf (EVP)
	Suter Harry (EVP)
	Utiger Heinz (EVP)
	Christensen Sven (FDP)
	Jörg Corinne (parteilos; Sitz FDP)
	Kämpfer Erwin (FDP)
	Kölliker Lenka (FDP)
	Maccaferri-Iseli Barbara (FDP)
	Widmer Seline (parteilos; Sitz FDP)
	Schweizer Hans Peter (FDP)
	Brook Liechti Vanessa (GLP)
	Graf Stefan (GLP)
	Jost-Pfister Catarina (GLP)
	Aebersold Daniel (SVP)
	Bernhard Niklaus (SVP)
	Gfeller Paul (SVP)
	Hirsbrunner Bruno (SVP)
	Wälti Sandra (SVP)
	Wermuth Bruno (SVP)
	Büchel-Wampfler Sandra (SP)
	Burkhalter-Huber Regula (SP)
	Federer Guido (SP)
	Fröhlich Viktor (SP)

Kühn-Blank Christa (parteilos; Sitz SP)
Ramseier-Doevendans Anneke (SP)
Zeh Weissmann Heiko (SP)

Abwesend Fasel Didier (BDP)
Jorio Nicola (GLP)
Le Fort Werthmüller Geneviève (SP)
Stocker-Sturzenegger Christine (BDP)
Stucki Simon (SVP)

Gemeinderat Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident
Hauser Ernst
Hubacher Peter
Lädrach Markus
Leiser Thomas
Masciadri Monica
Moser Christoph

Abteilungsleiter Jenzer Fritz, Leiter der Finanzabteilung
Reusser Christian, Gemeindeschreiber
Thöni Urs, Leiter der Bauabteilung
Zugg Werner, Leiter der Sozialdienste

Delegation Jugendrat Florio Kai, Mitglied Jugendrat
Jörg Simone, Mitglied Jugendrat
Wetli Liv, Mitglied Jugendrat
Wetli Rachel, Jugendratspräsidentin

Sekretär Wälti Thomas, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Protokollführerinnen Gfeller Monika, Sekretärin Präsidialabteilung
Yetgin Dilara, Lernende Präsidialabteilung

Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der Sitzung vom 17. März 2014: Genehmigung
3. Finanzplanung 2015/19; Spar- und Verzichtsmassnahmen in der Kompetenz des Grossen Gemeinderates: Genehmigung
4. Informatik an den Schulen; Hardwareersatz: Kreditbewilligung
5. Wasserversorgung Dentenbergstrasse; Leitungsersatz: Kreditbewilligung
6. Parlamentarische Vorstösse:
 - 6.1 Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Zukunft Wislepark Worb – Offenlegung der notwendigen Planungs- und Handlungsgrundlagen
 - 6.2 Dringliche Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Diverse Fragen im Zusammenhang mit der Tour de Suisse in Worb
 - 6.3 Einfache Anfrage der SP-Fraktion betreffend Tour de Suisse in Worb
 - 6.4 Neueingänge

Ratspräsident Messerli Gregor: Das Motto der heutigen Sitzung könnte „Sparen“ heissen. Es werden viele Geschäfte bezüglich Finanzen behandelt. Ich möchte für die umfangreichen Vorarbeiten bereits jetzt danken. Die Verwaltung, aber auch der Grosse Gemeinderat hat mit vielen Dokumenten, Überlegungen und Engagement die heutige Sitzung im Vorfeld bereits stark beeinflusst und gesteuert. Ich danke euch allen herzlich für diesen Einsatz.

Traktandenliste

Ratspräsident Messerli Gregor: Vor euch findet ihr drei dringliche Motionen. Alle drei Vorstösse wurden vor Sitzungsbeginn verteilt. Die erste dringliche Motion ist von der FDP-, der SP- und der SVP-Fraktion mit dem Titel „ESP Worboden“. Ich stelle fest, dass diese Motion korrekt eingegangen ist. Es ist die Frage der Dringlichkeit zu beantworten. Möchte ein Sprecher dieser drei Fraktionen das Wort ergreifen?

Wermuth Bruno, SVP: Bei der gemeinsamen Motion geht es um den ESP Worboden. Wir sind der Meinung, dass dieses Projekt so schnell wie möglich wieder in Angriff genommen werden sollte. Die Dringlichkeit begründen wir, da Investoren für dieses brache Industrieland vorhanden sind. Eine Überbauung soll so schnell wie möglich realisiert werden. Wie im Antrag beschrieben, benötigt es für dieses Vorhaben eine Zonenänderung von der Geschäfts- und Gewerbezone in eine Geschäfts-, Wohn- und Gewerbezone. Das Areal ist gut erschlossen und das Geschäft sollte so bald als möglich realisiert werden. Nach der TOP13, aber vor der ordentlichen Ortsplanung sollte dieses Geschäft behandelt werden. Dies ergibt quasi eine TOP14 und die Dringlichkeit ist unseres Erachtens gegeben. Wir bitten euch, die Dringlichkeit zu unterstützen.

Beschluss zur Dringlichkeit der Motion der FDP-, der SP- und der SVP-Fraktion betreffend ESP Worboden:

Der Dringlichkeit wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Ratspräsident Messerli Gregor: Die zweite dringliche Motion ist von der SVP-Fraktion mit dem Titel „Aufwandminimierung Finanzplan / Voranschlag 2015/2019“. Martin Wälti kommt sogleich ans Rednerpult, um diese Dringlichkeit zu begründen.

Wälti Martin, SVP: Die dringliche Motion findet ihr auf dem Tisch. Die SVP-Fraktion möchte, dass die Gesamtausgaben pro Jahr um 1% reduziert werden, dies ist umgerechnet ca. CHF 500'000.-. Wo dieses Geld eingespart werden kann, dies überlassen wir dem Gemeinderat und der Verwaltung. Damit wir diese Aufwandminimierung noch in den Finanzplan oder in den Voranschlag 2015/2019 einbringen könnten, müsste in der nächsten GGR-Sitzung ein Beschluss vorliegen. Dies ist unsere Begründung zur Dringlichkeit.

Beschluss zur Dringlichkeit der Motion der SVP-Fraktion betreffend Aufwandminimierung Finanzplan/Voranschlag 2015/2019:

Der Dringlichkeit wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Ratspräsident Messerli Gregor: Die dritte dringliche Motion ist von der FDP-Fraktion mit dem Titel „Sanierung Worber Finanzen – weitere Sparmassnahmen“. Möchte jemand der FDP-Fraktion die Dringlichkeit begründen?

Kölliker Lenka, FDP: Ich kann das, was Martin Wälti bereits gesagt hat, nur wiederholen. Die Dringlichkeit unserer Motion kann man mit wenigen Worten begründen: Stand unserer Finanzen. Die Finanzen befinden sich in Schieflage und die Budgetdebatte steht kurz bevor. Alle Parteien wurden dazu aufgefordert, ihre Sparmassnahmen einzubringen. Wir sind der Meinung, wenn unsere Sparvorschläge den Weg in den Voranschlag 2015 und die Finanzplanung 2015/2019 finden sollen, muss die Dringlichkeit der Motion unterstützt werden.

Beschluss zur Dringlichkeit der Motion der FDP-Fraktion betreffend Sanierung Worber Finanzen – weitere Sparmassnahmen:

Der Dringlichkeit wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Ratspräsident Messerli Gregor: Alle drei Motionen werden in der GGR-Sitzung vom 23. Juni 2014 traktandiert.

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 351	12.05.2014	1	2013/17-97	143	12/0/0

Ratspräsident Messerli Gregor: Ihr habt es bereits gemerkt, dass ich bei den Abstimmungen jeweils darauf verzichte, das Gegenmehr noch einzufordern, sofern die Abstimmung deutlich ausfällt. Dies hilft uns vielleicht auch den Zeitplan einzuhalten, sodass wir vor Mitternacht zuhause sein können. Wenn es eine ganz enge Abstimmung wird, werde ich natürlich das Gegenmehr noch einfordern. Dieses Vorgehen ist gemäss Artikel 64 der Geschäftsordnung des GGR möglich.

Gemeinderat Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Es ist sicherlich bekannt, dass gegen die Abstimmungsbotschaft zur Zentralisierung der Oberstufe eine Beschwerde eingereicht worden ist. Ich möchte über das weitere Vorgehen informieren. Es ist ein ähnliches Vorgehen, wie die Gemeinde Worb das seinerzeit bei der Ortsplanungsrevision hatte. Eine Beschwerde gegen eine Abstimmungsbotschaft hat aufschiebende Wirkung. Das heisst, die Abstimmung kann nicht durchgeführt werden. Dies ist die Ausgangslage. Am Freitag vor einer Woche hat beim Regierungstatthalter eine sogenannte Instruktionsverhandlung stattgefunden. Dort waren die Parteien Beschwerdeführer, Beschwerdegegner und der Regierungstatthalter anwesend. Sie haben an dieser Verhandlung ihre Argumente auf den Tisch gelegt. Der Regierungstatthalter hat dann sehr schnell, dies war beim Beschwerdeverfahren der Ortsplanungsrevision nicht der Fall, entschieden. Er hat der Beschwerde die aufschiebende Wirkung entzogen. Das heisst, dass die Abstimmung vom 18. Mai 2014 über die Zentralisierung der Oberstufe wie geplant durchgeführt werden kann. Die Beschwerde bleibt aber bestehen. Der Regierungstatthalter wird zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden, ob er die Beschwerde annehmen oder ablehnen wird. Wann dieser Zeitpunkt ist, wissen wir nicht, ich

hoffe jedoch möglichst rasch. Ich hoffe, dass dieser Entscheid noch vor den Sommerferien gefällt wird. Bis dahin ist das Abstimmungsresultat vom nächsten Sonntag quasi eingefroren. Wenn der Regierungsstatthalter, Christoph Lerch, diese Beschwerde gutheisst, so ist das Abstimmungsresultat ungültig. Wenn wir wollen, können wir dann zu einem späteren Zeitpunkt nochmals abstimmen. Lehnt der Regierungsstatthalter diese Beschwerde ab, so gilt das Abstimmungsresultat vom nächsten Sonntag. Wer sein Stimmcouvert noch nicht abgegeben oder verschickt hat, soll dies doch noch tun.

Protokoll der Sitzung vom 17. März 2014: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 351	12.05.2014	2	2013/17-98	144	12/0/0

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Finanzplanung 2015/19; Spar- und Verzichtsmassnahmen in der Kompetenz des Grossen Gemeinderates: Genehmigung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 351	12.05.2014	3	2013/17-99	953	21/0

Ratspräsident Messerli Gregor: Ich möchte euch gerne informieren, wie wir bei diesem Geschäft vorgehen werden. Wie immer wird eine Eintretensdebatte geführt. Wenn auf dieses Geschäft eingetreten wird, werden wir das Geschäft wie folgt führen: Insgesamt werden wir sieben Schritte durchführen. Der erste wurde bereits erwähnt. Der zweite Schritt ist, dass wir uns zum allgemeinen Teil austauschen und eine Debatte über das Gesamtgeschäft führen. Das Geschäft kann verdankt werden, es können aber selbstverständlich auch kritische Voten eingebracht werden. Ihr habt es in den Unterlagen gesehen, es besteht auch hier ein Antrag auf Rückweisung. Wenn dieser Rückweisungsantrag noch begründet werden sollte, dann wäre dies beim allgemeinen Teil angebracht. Anschliessend werden wir kapitelweise vorgehen, insgesamt bestehen drei Kapitel. Zu jedem Kapitel wird es eine Eintretensdebatte geben. Ihr könnt euch da einbringen, die Änderungsanträge können begründet und kritisch hinterfragt werden. Die Debatte wird anschliessend beendet und wir kommen zur Verabschiedung dieser Änderungsanträge. Die Änderungsanträge liegen schriftlich vor. Wenn der Beschluss zu den Änderungsanträgen steht, geht es anschliessend in die Beschlussfassung von jeder einzelnen Massnahme. Genau dasselbe Verfahren findet bei Kapitel zwei und drei statt. Fast ganz am Schluss stimmen wir über den Rückweisungsantrag ab. Dies tönt vielleicht nach einem speziellen Vorgehen, es muss aber so durchgeführt werden. Zuerst müssen alle Punkte besprochen werden und anschliessend wird über den Rückweisungsantrag entschieden. Dies ist in der Geschäftsordnung des GGR festgehalten. Sollte dieser Rückweisungsantrag abgelehnt werden, dann folgt eine Gesamtbeschlussfassung zu diesem Geschäft. Sollte der Rückweisungsantrag angenommen werden, dann wären die vorher diskutierten und beschlossenen Ergebnisse nicht weiterzuverwenden und die Schlussabstimmung wäre hinfällig. Dies ist das Vorgehen. Seid ihr alle damit einverstanden? Die

Zustimmung ist somit gegeben. Ich bitte euch bei den Voten kurz zu halten, und vor allem die Änderungsanträge zu begründen.

Eintreten:

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Allgemeine Bemerkungen

Federer Guido, GPK: Um Zeit zu sparen, wird sich die GPK nur einmal zu diesem Geschäft äussern. Ich werde allgemeine Bemerkungen und einzelne methodische, nicht inhaltliche, Bemerkungen zu den Massnahmen erläutern. Die Erstellung einer Auslegeordnung mit dem möglichen Einsparpotenzial wird von der Seite der GPK sehr begrüsst. Es ist jedoch zu bemerken, dass der grosse Teil der Aufwendungen der Gemeinde, insbesondere die Personalkosten, nicht in die Betrachtung hineingezogen wurden. Die Ausgangslage ist nach unserer Sicht in der Botschaft sehr gut dargestellt. Die Notwendigkeit der zusätzlichen Spar- und Verzichtsmassnahmen ist zweifellos gegeben. Die Botschaft enthält Massnahmen aus ganz verschiedenen Sachgebieten. Auch deshalb wurde von der GPK geprüft, ob das Verbot der Zusammenrechnung gemäss Artikel 103 der kantonalen Gemeindeordnung eventuell zum Tragen kommen würde. Gemäss Auskunft des Amts für Gemeinden und Raumordnung (AGR) ist dem aber nicht so. Dieses Verbot ist nur bei Kreditanträgen relevant und nicht für die Evaluation von Spar- und Mehreinnahmenmassnahmen. Dies wird auch bei Sparpaketen auf kantonaler Ebene so gehandhabt. Die Zustimmung zu einzelnen Massnahmen stellt eine Handlungsanweisung für den Gemeinderat zur detaillierten Vorbereitung des Voranschlags 2015 dar. Die meisten Massnahmen bedingen ja insbesondere für die Umsetzung noch Änderungen von Reglementen oder Verordnungen. Dafür muss dann jeweils eine separate Botschaft ausgearbeitet und vom GGR beschlossen werden. Die einzelnen Massnahmen sind aus unserer Sicht sehr detailliert beschrieben. Bei der Auflistung der einzelnen Massnahmen wäre aber den Beschluss und Antrag entsprechende Nummerierung sinnvoll gewesen. Noch einige Bemerkungen zu den einzelnen Massnahmen. Auf Seite sechs ist eine Erhöhung der Liegenschaftssteuer von 0,1 Promille vorgesehen. Es wird nicht begründet, weshalb dieser Erhöhungsschritt gewählt wurde. Ebenfalls auf Seite sechs wird die Reorganisation der Kommissionsstrukturen aufgeführt. Welche konkreten Massnahmen die Reorganisation beinhaltet und welche finanziellen Einsparungen erwartet werden können, wird jedoch nicht ausgeführt. Bei der Massnahme Reduktion Mitglieder des GGR auf Seite acht ist die finanzielle Einsparung mit CHF 5'000.- angegeben. Für die Beurteilung der Massnahme fehlt aus unserer Sicht die Grössenordnung der Reduktion der Anzahl Mitglieder. Eine Beurteilung ist dementsprechend schwierig. Die GPK beantragt dem GGR die Spar- und Verzichtsmassnahmen gemäss Botschaft einzeln zu prüfen und allenfalls zu genehmigen.

Gemeinderat Lädach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Spar- und Verzichtsmassnahmen; über dieses Geschäft ist im Vorfeld viel informiert, diskutiert und geschrieben worden. Ich verweise auf die Ausgangslage in der Botschaft. Diese führt klar und deutlich in das Geschäft ein. Um was geht es heute Abend? Im Parlament werden diejenigen Spar- und Verzichtsmassnahmen zur Abstimmung vorgelegt, welche in der Kompetenz des GGR liegen. Es sind 27 mögliche Massnahmen, welche alle den Finanzhaushalt verbessern können. Wie bereits bemerkt wurde, sind es nicht überall reine Sparmassnahmen. Teilweise bedeutet die Einführung einer Gebühr oder die Erhöhung einer Abgabe auch einen Verzicht auf eine günstige Lösung. In jedem Fall würden aber bei Annahme der Massnahmen entweder die Ausgaben gesenkt oder die Einnahmen erhöht. Der Gemeinderat und das Departement Finanzen möchten vom Parlament wissen, welche Massnahmen für die Erstellung der

Finanzplanung 2015/19 mehrheitsfähig sind und in die Planung miteinbezogen werden können. Ebenso möchte das Departement Finanzen wissen, welche Massnahmen abgelehnt und in der Planung nicht mitberücksichtigt werden sollen oder welche Massnahmen mehrheitsfähig sind und in der Planung mit einberechnet werden können. Bisher fand noch keine Abstimmung über einzelne Massnahmen statt. Das Geschäft hat also vor allem den Charakter von einer konsultativen Abstimmung der einzelnen Massnahmen. Das Parlament wird im September wie gewohnt verbindlich über die Finanzplanung 2015/19 und einen Monat später über den Voranschlag 2015 abstimmen. Das Geschäft soll aber auch aufzeigen, wo das Parlament der aktuellen Finanzlage gewillt ist, Abstriche vorzunehmen und wo nicht. Wir können uns den heutigen Standard ohne Steuererhöhung nur noch ca. zwei Jahre leisten. Wir müssen mit Korrekturmassnahmen eingreifen, ansonsten ist unser Eigenkapital aufgebraucht. Es geht heute auch nicht darum, ob eine einzelne Einsparung genau diesem Wert des aufgeführten Potenzials in Franken entspricht. Die Zahlen, welche in der Botschaft ersichtlich sind, wurden einerseits aufgrund der Werte des gültigen Voranschlages 2014 und andererseits aufgrund einer Potenzialschätzung für eine Einsparung, welche das Departement Finanzen ermittelt hat. Bestehen heute keine klaren Leistungsvereinbarungen, können vom Voranschlag zur Rechnung Abweichungen entstehen. Es geht in dieser Debatte mehr um den Grundsatz, ob gespart werden soll und die Grössenordnung der aufgeführten Massnahme zu bestimmen. Gerne möchte ich noch eine Erläuterung einbringen. Im Teil zwei „Departement Soziales“ dort sind im Voranschlag 2014 die Bruttokosten enthalten. Dies entspricht dem total der Kosten inkl. der Kantonsbeiträge. Beim Sparpotenzial ist dann aber nur der Gemeindebeitrag aufgeführt. Wir können nicht über Beiträge beschliessen, die vorgegeben sind. Weil in der Botschaft mehrere einzelne Anträge vorkommen, hat der Gemeinderat zu jeder dieser Massnahme einen Antrag gestellt. Die Massnahmen wurden in drei Kategorien unterteilt. Gregor Messerli hat dies bereits erläutert. Bei acht Massnahmen beantragt der Gemeinderat einen Verzicht oder die Erträge zu erhöhen. Es sind 16 Massnahmen bei denen der gesamte Gemeinderat beantragt den Status Quo bei zuhalten. Drei Massnahmen sollen überprüft werden. Bei diesen drei Massnahmen möchten wir prüfen, ob sie mehrheitsfähig sind und ob es noch eine vertiefte Ausarbeitung benötigt. Ich bin froh, dass der Ratspräsident das Vorgehen so deutlich erklärt hat. Nach der Eintretensdebatte werden wir also bei jeder einzelnen Kategorie noch eine Diskussion führen. Anschliessend werden wir einzeln und ohne Zwischendiskussion über die Massnahmen abstimmen. Der Ratspräsident wird vor einer Abstimmung nochmals deutlich darauf hinweisen was ein Ja und was ein Nein bedeutet. Der Gemeinderat erwartet nicht zu jeder einzelnen Massnahme eine Detaildebatte. Ansonsten hätte er zu jeder dieser Massnahme ein einzelnes Geschäft formulieren müssen und dann hätten wohl zwei GGR-Sitzungen für die Debatten nicht ausgereicht. Für den Gemeinderat ist klar, dass jeder Verzicht von Mitteln oder die Erhöhung von Gebühren gewisse Teile der Bevölkerung trifft und schmerzhaft ist. Es muss uns aber auch bewusst sein, dass die Verbesserung der Finanzsituation nicht ohne Opfer über die Bühne gehen kann. Mit dem Abschluss von diesem Geschäft ist das Thema Sparen für Worb natürlich nicht vorbei. Die Finanzkommission wird bei der Budgetbesprechung mit der Verwaltung die Positionen noch einmal einzeln hinterfragen. Die Verwaltung weiss, dass gespart werden muss. Das erstellte Budget muss klar begründet werden können. Jeder Partei steht das Recht zu, weitere Sparvorschläge via Vorstoss in das Parlament zu bringen. Heute sind ja bereits einige Vorstösse eingereicht worden. Der Gemeinderat bedauert die Tatsache, dass die Parteispitzen bereits am 4. März 2014, also vor mehr als zwei Monaten, über den Inhalt und den Umfang der Sparmassnahmen informiert worden sind. Die Parteispitzen wurden aufgefordert weitere Massnahmen sofort via Gemeinderäte weiterzuleiten oder Fragen zu den Massnahmen stellen. Leider wurde dieses Angebot trotz langer Frist nicht genutzt. Alle neuen Anträge, die zukünftig eingereicht werden und wir heute Abend nicht bereits als dringlich erklärt haben, werden den ordentlichen Geschäftsweg bestreiten. Falls neue Vorschläge eingereicht werden, werden diese überprüft und bei realistischer Mehrheitsfähigkeit wird geprüft,

ob diese bereits in der Planung mit einberechnet werden können. Für einen ordentlichen Beschluss zu einer neuen Massnahme bis zum Vorliegen der Finanzplanung 2015/19 wird es terminlich aber nicht mehr reichen. Am 11. August 2014 findet bereits die erste Lesung im Gemeinderat statt und das Parlament soll bereits am 8. September 2014 verbindlich über die Finanzplanung 2015/19 abstimmen. Andererseits sind wir auch froh, dass heute Abend den dringlichen Vorstössen zugestimmt wurde und wir konkrete Anträge von den Parteien haben. Diese können diskutiert werden und anschliessend werden auch dazu Beschlüsse getroffen. Last, but not least möchte ich daran erinnern, dass die Finanzplanung in jedem Jahr neu aktualisiert wird. Wenn ihr Ideen habt, scheut euch nicht davor diese einzubringen, auch wenn ihr diese Ideen erst im August oder im September habt. Dann werden wir diese Idee vielleicht für das nächste Jahr weiterverfolgen. Zum Schluss möchte ich noch über die Beschlüsse orientieren, die in der Kompetenz des Gemeinderates liegen. Sinngemäss sind die folgenden Beschlüsse gemäss Protokoll des Gemeinderates in der Finanzplanung 2015/19 zu berücksichtigen: Der Gemeinderat wird auch weiterhin auf den Ratsausflug verzichten. Künftig wird auf das Extranet verzichtet. Dies betrifft in erster Linie die Feuerwehr. Die Abgabe von vergünstigten Reka-Checks für die Verwaltungsangestellten wird weiterhin beibehalten. Auf die Durchführung der Bundesfeier soll nicht verzichtet werden. Es ist mit den Veranstaltern zu prüfen, ob es eine günstigere Durchführungsvariante gibt. Die Beiträge an Vereine zur Benützung des Bärensaals sollen beibehalten werden. Die Gemeinde will die Vereine unterstützen. Auf die Ortsmarketingkommission soll zum jetzigen Zeitpunkt nicht verzichtet werden. Wir erwarten einen entsprechenden Antrag hier im Parlament zur Aktivierung der Tätigkeit der Ortsmarketingkommission. Sobald ein Einzelgeschäft zur Ortsmarketingkommission vorliegt, soll darüber beschlossen werden. Die Ferienaktivitäten sollen unverändert beibehalten werden. Bei den Beiträgen an die Schulveranstaltungen werden die Schulen beauftragt dank einer engeren Zusammenarbeit mit der Jugendarbeit Worb Kosteneinsparungen bei diesem Bereich bei unverändertem Grundangebot zu prüfen. Allenfalls können Doppelspurigkeiten eliminiert werden. Auf die Verkehrserziehung bei den Schulen soll selbstverständlich nicht verzichtet werden. Zwei Massnahmen, welche mir wichtig erscheinen und wir den Parteispitzen bereits am 4. März 2014 dargelegt haben, möchte ich erläutern. Der Gemeinderat wird bei diesen zwei Massnahmen keine Kosteneinsparungen vornehmen. Der Gemeinderat lehnt zum jetzigen Zeitpunkt ein generelles Reorganisationsprojekt über die gesamte Verwaltung ab. Wir sind der Meinung, dass die Optimierung aus der Verzichtsplannung von Aufgaben und aus der Reduktion von Anträgen kommen muss, welche die Politik oder Privatpersonen im Rahmen des politischen Prozesses an die Verwaltung einreichen. Die Kosten für eine solche teure externe Beratung möchten wir heute vermeiden. Ich möchte bereits einen Ausblick auf die Rechnung 2013 gewähren. Die Rechnung bestätigt, dass die Gemeinde mit den umliegenden Gemeinden beim Verwaltungsaufwand tiefe Kennzahlen aufweist. Der zweite Punkt ist die Reduktion von sieben auf fünf Gemeinderäte. Wären es nur noch fünf Gemeinderäte, hätte dies automatisch eine Mehrbelastung für die verbleibenden Gemeinderäte zur Folge. Was man einerseits als Professionalisierung bezeichnen kann, muss man als klare Abkehr des Milizsystems werten. Die Privatwirtschaft wäre wahrscheinlich unter einem 5-köpfigen Gemeinderat nicht mehr vertreten. Der aktuelle Gemeinderat lehnt diese Massnahme ab. Damit möchte ich zum Geschäft einleiten.

Jost-Pfister Catarina, GLP: Die Grünliberale Partei hat sich entschlossen, einen Rückweisungsantrag einzureichen und sie beantragt diesen zu genehmigen. Wir haben uns überlegt, weshalb wir dieses Vorgehen wählen. Es ist uns klar und es ist unbestritten, dass gespart werden muss. Uns sind dabei aber drei Punkte ganz wichtig geworden und diese werden gemäss unserer Einschätzung in diesen Spar- und Verzichtsmassnahmen zu wenig berücksichtigt. Erstens ist uns wichtig, dass zwischen den Departementen eine Ausgewogenheit herrscht. Es ist nicht durchführbar, dass diese Ausgewogenheit auf den Franken genau stimmt, aber die Balance soll vorhanden sein. Wir sind davon

überzeugt, wenn dies noch einmal überprüft wird, könnten noch einige Punkte mit Sparpotenzial mehr gefunden werden. Es sollen auch grosse Bereiche mit Substanz nochmals geprüft werden wie zum Beispiel der öffentliche Verkehr, der Strassenunterhalt und Infrastrukturen. Es gäbe wahrscheinlich noch mehrere Bereiche mit „Fleisch am Knochen“. Wir haben uns auch gefragt, wie hoch ein Betrag sein muss, dass dieser für einen Verzicht geprüft wird. Dazu gibt es geteilte Meinungen. Viele kleine Beträge geben auch einen grossen Betrag. Wenn jedoch die Zukunft betrachtet wird, sind das kurzfristige Massnahmen. Wenn wir zukünftig etwas erreichen wollen, müssen wir uns umfangreichere Dinge überlegen. Es schmerzt sicherlich immer wenn auf grössere Beträge verzichtet werden muss. Es ist nicht einfach solch grosse Sparaufträge erfolgreich zu vertreten und eine Mehrheit dafür zu gewinnen, aber wird sind von einer Überarbeitung überzeugt und eventuell könnte ein Potenzial ausgeschöpft werden. Deshalb sind wir zum Schluss gekommen diesen Rückweisungsantrag einzureichen.

Ratspräsident Messerli Gregor: Vielen Dank Catarina für deine Worte zum Rückweisungsantrag. Wie bereits erklärt, werden wir über diesen ganz am Schluss abstimmen.

Wermuth Bruno, SVP: Wir befinden uns in der Phase, welche die Quintessenz der ganzen Vorgeschichte ist. Die finanzielle Situation der Gemeinde ist allen bekannt. Infolge der Ablehnung des Voranschlages durch das Volk musste der Gemeinderat handeln. Die Frage, ob die Gemeinde ein Einnahme- oder Ausgabeproblem hat, besteht weiterhin. Heute Abend gehen wir das Ausgabeproblem an. Die Finanzen der Gemeinde müssen ganzheitlich betrachtet werden. Dies beinhaltet auch die tieferen Ausgaben. Es geht dabei auch um Beträge, welche im GGR bewilligt wurden. Vielleicht finden wir im Nachhinein, dass wir uns lieber gegen eine Genehmigung dieser Kredite ausgesprochen hätten oder aber wir finden diese Kredite immer noch gerechtfertigt. Das Vorgehen mit den Spar- und Verzichtsmaßnahmen begrüssen wir. Die Überlegungen und die daraus entstehenden Handlungen zu diesem Thema sind unangenehm und schmerzen. Bei solchen Sparübungen müssen wir auch bereit sein, Kompromisse einzugehen. Die SVP unterstützt das Vorgehen des heutigen Abends. Der Rückweisungsantrag geht für uns zu weit, da wir nicht vom Gemeinderat den Vorwurf erhalten möchten, dass wir nicht gewillt sind zu sparen.

Suter Harry, EVP: Es gibt einen spannenden Abend, wir haben schon verschiedene Voten gehört. Je nach Variante weist die Finanzplanung 2015/19 ein jährliches Defizit von bis zu 2 Mio. Franken aus und kann so nicht getragen werden. Das vorliegende Papier zeigt bei der Durchsicht der Kategorien eins und zwei lediglich bescheidene CHF 25'000.- empfohlene Sparmassnahmen. Dafür werden Mehreinnahmen von CHF 250'000.- ausgewiesen. Da ist wohl der Titel des Dokuments irreführend mit Spar- und Verzichtsmaßnahmen. Allenfalls wäre es sinnvoll gewesen, noch Mehreinnahmen anzufügen. Bei der Überprüfung der Vorschläge kommt die EVP zum Schluss, dass hier nicht viel Einsparpotenzial vorliegt und die Bevölkerung der Gemeinde Worb die vorgeschlagenen Spardienstleistungen erwartet. Sprich die Bevölkerung möchte nicht darauf verzichten. Die Finanzen der Gemeinde können mit diesem Weg nicht saniert werden. Dies ist auch der Fall, wenn alle Vorschläge angenommen würden. Wie in der Ausgangslage der Botschaft aufgeführt, wird eine Steuererhöhung unumgänglich werden. Wir unterstützen im Gesamten lediglich drei Verzicht- und drei Überprüfungsmaßnahmen.

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Ich möchte auf das Eingangsvotum von Gregor Messerli zurückkommen und den Finanzverantwortlichen für die geleistete Arbeit ganz herzlich danken. Die vom Gemeinderat aufgelisteten Massnahmen, über die wir heute Abend abstimmen sollen, sind aus Sicht der SP in vielen Fällen allenfalls geeignet um der Bevölkerung Angst vor einem Kahlschlag zu ma-

chen. Die SP wehrt sich nach wie vor vehement dagegen und findet es nicht angebracht, dass sich die Gemeinde nur auf Kosten der Schwächsten sanieren will. Gerade aus diesem Grund hat sich die SP im letzten Jahr gegen eine Steuererhöhung ausgesprochen. Die SP lehnt weiterhin alle Massnahmen ab, welche zur Schwächung des Zusammenhalts in der Gemeinde führen. Erst wenn der Giftschränk definitiv verschwindet, der Gemeinderat endlich eine Aufgaben- und Organisationsüberprüfung in Angriff nimmt sowie die konsequente Arbeit an den Entwicklungsfeldern, namentlich Wirtschafts- und Wohnbaupolitik für Mehrerträge aufgenommen hat (Beispiel ESP Worbboden), kann die Steuersituation von uns aus neu betrachtet werden. Aus diesem Grund hat auch die SP eine Motion geschrieben, in der die Sparmassnahmen in der Verwaltung ebenfalls nochmals gefordert werden. Obwohl die SP-Fraktion nach wie vor nicht ganz Rechtens erachtet, dass der Gemeinderat die Verantwortung der Sparmassnahmen nun an die Parteien delegiert, hat sie sich bei den Geschäften, in denen es nicht die Schwächsten trifft, Kompromisse zu treffen und der Verwaltung als gutes Beispiel voranzugehen.

Kölliker Lenka, FDP: Die Vorgeschichte kennen wir alle. Am 24. November 2013 hat das Worber Stimmvolk den Voranschlag 2014 mit einer Steuererhöhung auf 1,7 klar abgelehnt. Folgend hat der Gemeinderat dem GGR einen neuen Voranschlag ohne Steuererhöhung und ohne wirkungsvolle Einsparungen vorgelegt. Nun befasst sich der Gemeinderat mit den möglichen Sparmassnahmen. Die FDP begrüsst dies und dankt dem Gemeinderat für den eingeschlagenen Weg. Wir bedanken uns besonders bei Markus Lädach und Fritz Jenzer für ihre Anstrengungen. Die vorgelegten 27 Massnahmen sind sicher ein guter Start. Sie gehen aber zu wenig weit. Beim detaillierten Blick auf die Sparmassnahmen muss man Folgendes feststellen: Bei nur sechs von diesen 27 Massnahmen ist der Gemeinderat gewillt zu sparen. Es handelt sich um Sparpotenzial von insgesamt CHF 85'800.-. Diese sechs Massnahmen betreffend Kommissionen, politische Parteien, den GGR, den Jugendrat oder Vereine. 16 Sparmassnahmen (Kategorie II) werden aufgelistet, jedoch nicht zum Sparen empfohlen. Wir bedauern hier sehr, dass sich im Gemeinderat keine Mehrheit gefunden hat, die sich für diese Sparmassnahmen aussprechen würde. Wir sind überzeugt, dass vor allem dieser Bereich weiterverfolgt bzw. neu beurteilt werden muss. Es liegt jetzt an uns hier, dem Gemeinderat zu zeigen, dass wir es mit dem Sparen ernst meinen. Drei weitere Massnahmen werden zur Prüfung empfohlen. Unterstreichend und zusammenfassend kann ich Folgendes sagen: Der Gemeinderat ist nach wie vor nicht gewillt echt zu sparen. Eine Auflistung möglicher Sparmassnahmen aber die daraus folgende Verneinung dieser Sparmassnahmen ist kein Sparen. Hier hat der Gemeinderat den Willen des Volks vom letzten November nicht berücksichtigt. Die FDP betrachtet diese Sparmassnahmen als unvollständig und vermisst effektiv greifende Massnahmen und Handlungen in Bereichen, in denen effektiv Sparpotenzial vorhanden ist. Wir haben die möglichen Sparmassnahmen in unserer Motion aufgelistet. Bei all diesen Positionen können problemlos moderate Kürzungen vorgenommen werden ohne dass es gross weh tut. Um die Situation bildlich darzustellen: Wir sitzen alle in einem Boot und steuern auf einen Sturm zu. Die Passagiere verlangen eine Kursänderung. Die Besatzungswill aber davon nichts wissen und hofft auf das schöne Wetter. Der Gemeinderat führt das Worber Gemeindeschiff, auch finanziell. Er ist aufgefordert den Volkswillen ernst zu nehmen und echte Sparanstrengungen vorzunehmen, und zwar bevor die Schwimmwesten verteilt werden müssen.

Läderach Christof, BDP: Ein Gedanke hat die BDP-Fraktion bei jedem Punkt zu Überlegungen angeregt: „Worb, wo ist dein zukünftiges Ziel?“ Wir müssen Voraussetzungen schaffen, damit neue Steuerzahler in Worb sesshaft werden. Dass das nicht von heute auf morgen passiert, wissen wir alle mehr oder weniger. Nun geht es darum, die dazwischen liegende Zeit für alle erträglich zu planen und zu beschliessen. Falls die Gemeinde allzu viele Bedürfnisse einschränkt oder sogar vom

Menüplan streicht, fragen wir uns, welche Personen Worb als ihr neues Zuhause betrachten wollen? Wir müssen die vom Gemeinderat vorgeschlagenen Punkte noch einmal vereinzelt streichen, überprüfen, reduzieren und noch einmal überprüfen. Die Punkte, welche in der Kompetenz des GGR liegen, sind aber leider lediglich Tropfen auf dem heissen Stein und politisch nicht ganz leicht mehrheitsfähig. Bei vereinzelt Punkten kann die BDP dahinter stehen und so mithilfe die Meinung der Bürgerinnen und Bürger von Worb umzusetzen.

Gemeinderat Lädach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Vielen Dank für eure Voten. Vielleicht beginne ich bei der GPK und dem Thema Reglementsänderungen. Wenn wir heute etwas beschliessen, das eine Reglementsänderung benötigt und dies mehrheitsfähig ist, dann geht der Gemeinderat davon aus, dass zu einem späteren Zeitpunkt eine Reglementsänderung durchgeführt werden kann. Da nehmen wir das Parlament sehr ernst und es wäre nicht nachvollziehbar, wenn einer Massnahme zugestimmt würde, aber die Umsetzung der Reglementsänderung nicht möglich wäre. Da hoffen wir einfach auf die Konsequenz der Parlamentarier. Sandra, ich verstehe dich, aber hier geht es nicht um die Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde Worb. Diese Möglichkeit sehen wir dann in der Finanzplanung 2015/19. Heute ist dies aber kein Thema, auch wenn der Gemeinderat sehr interessiert daran ist und diese Entwicklungsmöglichkeiten auch unterstützt. Letztlich bin ich auch sehr froh um die dringliche Überweisung des ersten Vorstosses. An der nächsten GGR-Sitzung können wir bestimmt über das Thema debattieren.

Kapitelweise Beratung

Massnahmen der Kategorie I (mit Antrag auf Umsetzung)

Mitglieder des Jugendrates: Wir möchten Stellung zum Antrag des Gemeinderates nehmen, der lautet, dass unser Budget von jährlich CHF 6'000.- gestrichen werden soll. Mit der Annahme des Antrages an den Grossen Gemeinderat würden sinnvolle Freizeitangebote, die Möglichkeit soziale Kontakte unter Jugendlichen zu knüpfen und zu erweitern, die Mitgestaltungsmöglichkeit in der Gemeinde Worb und viele weitere wertvolle Punkte für die Worber Jugend verloren gehen. Seit einem Jahr bin ich nun Mitglied des Jugendrates. Ohne lange Vorarbeit durfte ich sofort in Bereichen mitwirken, welche mir ansonsten noch lange verschlossen geblieben wären. Als Mitglied des Jugendrates habe ich die Möglichkeit erhalten, mich an der Jugendparlamentskonferenz und der Delegiertenversammlung politisch und kulturell weiterzubilden. Plötzlich hat sich die Politik gar nicht mehr so fern angefühlt. Ich lernte verschiedene Projekte zu organisieren, durchzuführen und schliesslich auch zu managen. Ich kann ohne Problem vor Leuten sprechen und so meinen Standpunkt vertreten. Ohne Jugendrat Worb wäre ich frühestens Ende des Gymnasiums oder im Berufsleben zu diesem wichtigen Wissen gekommen. Der Jugendrat bringt nicht nur für die Jugendlichen von Worb oder für uns als Mitglieder ganz viel Positives, sondern auch für die Gemeinde. Im Jugendrat haben Jugendliche, die sich für Politik begeistern, Möglichkeiten die ersten Erfahrungen mit der Politik zu sammeln und sie wissen so auch besser Bescheid über die Politik in Worb. Der Jugendrat bietet einen Einstieg in die grosse Welt der Politik und das Interesse kann bereits im jugendlichen Alter gefördert werden. Für euch, liebe Parlamentarierinnen und liebe Parlamentarier, stehen wir als Ansprechpersonen und als Interessenvertreter der Worber Jugendlichen zur Verfügung. Zudem wird das Freizeitangebot in Worb durch den Jugendrat gefördert und der Alltag wird aufgelockert. Der Jugendrat bietet eine Plattform für den Austausch, er organisiert Anlässe und im Jugendrat können ganz neue Erfahrungen gesammelt werden. Diese Ausgaben sollten sich auch für euch, euren Ruf und das Wohl der Jugend lohnen. Zu all diesen Argumenten kommt noch dazu, dass wir den Restbetrag, welchen wir am Ende des Jahres nicht gebraucht haben, zurück an die

Gemeinde geben. Somit wäre der vergleichsweise kleine Beitrag, der hier eingespart würde, nicht sehr relevant im Sparpaket, aber sehr relevant für den Jugendrat.

Ramseier-Doevendans Anneke, ASK: Ich spreche hier für die ASK und die GPK. Die Mitglieder der ASK und der GPK lehnen es ab, die Führung der Kommissionssekretariate selber zu übernehmen. Man kann sich weniger in Diskussionen einbringen und die externe Führung des Sekretariats bringt Kontinuität betreffend Kenntnisse der Materie und garantiert die termingerechten Abläufe von wiederkehrenden Geschäften. Als Beispiel kann ich Frau Barbara Brechbühl erwähnen. Sie ist seit zehn Jahren Sekretärin der ASK. In dieser Zeit hat sie sage und schreibe sieben Präsidentinnen und Präsidenten erlebt. Sie ist die Einzige, welche ein wirklicher Garant für die Kontinuität ist. Die Mitglieder der ASK und der GPK wissen, dass gespart werden muss. Unter den Bedingungen, dass das Sekretariat der beiden Kommissionen weiterhin extern geführt wird, sind alle Mitglieder der Kommissionen bereit auf die Hälfte der Funktionsentschädigungen gemäss Anhang 1 des Personal- und Behördenreglements vom Mai 2010 zu verzichten. Das ergibt Einsparungen von CHF 4'500.-. Das ist ca. der Betrag, welche die externe Führung des Sekretariats kostet. Ich bitte euch deshalb den Antrag 1.1 des Gemeinderates, dass die externe Führung der Kommissionssekretariate aufgehoben werden soll, abzulehnen. Ich muss dann im Mai eine Motion einreichen, dass der Anhang des Personal- und Behördenreglements angepasst werden kann.

Kämpfer Erwin, FDP: Ich sage im Namen der FDP zur Kategorie I unseren Kommentar. CHF 85'000.- Sparpotenzial wird aufgezeigt und vom Gemeinderat empfohlen. Es betrifft aber vor allem den GGR, den Jugendrat oder die Benützungsgebühren. Dies sind alles Kosten, die von der Verwaltung nicht direkt zu beeinflussen sind. Wir sprechen aber auch hier von Verzichtsmassnahmen und nicht von einer Steuererhöhung. Wir von der FDP finden deshalb den Vorschlag von der Erhöhung der Liegenschaftssteuer vom Grundsatz her absolut falsch und irreführend. Klar, auch mehrere kleine Posten ergeben eine grosse Summe. Hingegen muss man bei einem Verzicht von einem kleinen Betrag, ich schaue zum Jugendrat, auch die Signalwirkung oder die Botschaft, die damit ausgestrahlt wird, mit beurteilen. Wir von der FDP meinen, es müsste weit mehr als aus der Verwaltung und aus den Departementen sichtbare Sparanstrengungen aufgezeigt werden. Wir werden den Antrag von Anneke unterstützen und bei dieser Massnahme entsprechend Nein stimmen. Ansonsten haben wir keine Anträge in dieser Kategorie I.

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Die SP-Fraktion lehnt folgende Massnahmen der Kategorie I ab: 1.1 aus den Gründen, welche Anneke gesagt hat. 1.2: Die SP-Fraktion lehnt den Antrag ab. Sie aber stellt den Antrag, dass ebenfalls auf den Ratsausflug verzichtet wird, respektive soll dieser von den GGR-Mitgliedern selber bezahlt werden. 1.3: Auf den Beitrag an den Jugendrat soll nicht verzichtet werden. Es ist aus unserer Sicht sehr wichtig, dass die Jugend an die Politik herangeführt werden kann. 1.5: Die SP-Fraktion lehnt diesen Antrag in dieser Form ebenfalls ab. Hier darf kein Antrag eingereicht werden, deshalb schlägt sie vor, dass in Zukunft sämtliche Unterlagen des GGR sowie die der Kommissionen nur noch in elektronischer Form, als Webpublicator, und nicht mehr in Papierform zugestellt werden. Wir sind überzeugt, dass auch hier ganz viel Geld gespart werden kann. 1.6: Die SP-Fraktion lehnt auch diesen Antrag ab. Sie stellt den Antrag, die Liegenschaftssteuer von 1.2 auf 1.4 Promille des amtlichen Wertes festzulegen. 1.8: Die SP-Fraktion lehnt die Einführung für die Benützungsgebühren für ortsansässige Vereine ab. Sollte diese Massnahme aber angenommen werden, stellt sie den Antrag, dass zwischen Erwachsenen und Jugendlichen Benutzern klar differenziert wird. Die Schul- und Sportanlagen sollen für Jugendgruppen und Jugendvereine weiterhin kostenlos zur Verfügung stehen.

Ratspräsident Messerli Gregor: Wir stimmen nun über jede einzelne Massnahme ab. Wenn ihr mit Ja stimmt, dann wird genau dies ausgeführt, was auf dem Papier steht. Bei einer Nein-Stimme wird eben nicht der Vorschlag des Gemeinderates umgesetzt. Das heisst somit, diese Sparmassnahme möchtet ihr nicht realisieren. Ich werde den Text nochmals vorlesen, damit es auch die Gäste auf der Tribüne wissen, die das vorliegende Papier nicht haben.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (1.1, Aufhebung externe Führung der Kommissionssekretariate):

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig abgelehnt.

Beschluss zum Änderungsantrag der SP-Fraktion (1.2, Verzicht Ratsausflug respektive Kostenübernahme durch GGR-Mitglieder):

Der Änderungsantrag der SP-Fraktion wird mit 22 zu 11 Stimmen abgelehnt.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (1.2, Verzicht Jahresschlusssessen, Weiterführung Ratsausflug):

Dem Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (1.3, Verzicht auf den Beitrag an den Jugendrat):

Der Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (1.4, Verzicht auf Parteibeiträge und Aufhebung des entsprechenden Reglements):

Dem Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (1.5, Verzicht Wortprotokolle):

Der Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Beschluss zum Änderungsantrag der SP-Fraktion (1.6, Erhöhung Liegenschaftssteuer von 1,2 auf 1,4 Promille):

Der Änderungsantrag der SP-Fraktion wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (1.6, Erhöhung Liegenschaftssteuer von 1,2 auf 1,3 Promille):

Dem Antrag des Gemeinderates wird mit 21 zu 12 Stimmen zugestimmt.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (1.7, Reorganisation Kommissionsstrukturen):

Dem Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (1.8, Benützungsgebühren Schul- und Sportanlagen):

Der Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Massnahmen der Kategorie II (mit Antrag auf Nicht-Umsetzung)

Bergmann Andreas, EVP: Ich möchte mich zum Beitrag an das Beschäftigungsprogramm „Recy Worb / Gleis 2“ äussern. Mit der heutigen Abstimmung über den Beitrag an das Beschäftigungsprogramm habt ihr werte Damen und Herren, heute Abend die Möglichkeit, 20 oder sogar 40 Personen auf die Strasse zu stellen. Viele dieser Menschen, welche in diesem Beschäftigungsprogramm arbeiten, bedeutet dies eines der letzten sozialen Netze. Auf die Strasse gestellt werden, bedeutet erhöhte Anfälligkeit von Krankheiten und Süchten bis hin zur Kriminalität. Es bedeutet ein Verlust von einem der sozial wichtigsten Netze. Wo ist da der Spareffekt? Die CHF 80'000.- der Gemeinde sind eine kleine Kostenbeteiligung, aber dadurch kann sehr viel erreicht werden. Das Beschäftigungsprogramm wird seit mehr als sieben Jahren erfolgreich geführt. Jedes Jahr kann eine oder mehrere Personen in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Ist dies nicht ein Spareffekt? Ein solcher Kürzungs- bzw. Verzichtsantrag zu unterstützen, ohne sich jemals ins Bild zu setzen, was mit diesem Geld geschieht, ist unseriös und unverantwortlich. Die EVP wird diesen Antrag auf den Verzicht sicherlich nicht unterstützen. Wir werden in dieser Kategorie dem Antrag des Gemeinderates folgen.

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Die SP-Fraktion lehnt folgende Massnahmen der Kategorie II ab: 2.1: Die SP-Fraktion lehnt die Beibehaltung der GGR-Sitzungen im Bärensaal ab. Wir sind der Meinung, dass die Sitzung zukünftig auch in der Aula des Schulzentrums Worboden abgehalten werden kann. Auch wenn durch diese Massnahme nur wenig Geld gespart werden kann, kann doch an einem Ort gespart werden, an dem es nicht schmerzt. Es unterstützt zudem die Ausnützung des vorhandenen Schulraums. 2.2: Auf die Reduktion der Sitzungsgelder soll nicht verzichtet werden. Parlamentarier sollten als gutes Beispiel vorangehen, ansonsten handeln wir wie der Grosse Rat. 2.7: Die SP-Fraktion lehnt die Beiträge an die Volkshochschule ab. Erwachsenenbildung auf diesem Niveau ist nicht zwingend Sache der Gemeinde.

Wermuth Bruno, SVP: Unsere Anträge sind ebenfalls verteilt worden. Wie ich bereits gesagt habe, handelt es sich um Kompromissanträge. Wir wollen keine Streichung, sondern eine Reduktion der Beiträge. Einerseits möchten wir die Ausgaben bei der Worber Post kürzen. Maximal zehn Mal sollte die Worber Post in der Zukunft erscheinen, dies sollte reichen. Klar ist dies ein heikler Antrag, ich hoffe wir werden dafür nicht bestraft. Beim Antrag 2.13 „Kinderbetreuung“ reichen wir ebenfalls einen Änderungsantrag ein. Die externe Kinderbetreuung ist heute selbstverständlich und ein Muss. Die Kinderbetreuung ist ein wichtiger Faktor im Standortmarketing einer Gemeinde. Trotzdem möchten wir auch hier eine Kompromisslösung anstreben und die Beiträge um die Hälfte kürzen. Das nächste Thema ist der Beitrag ans „Recy“. Wir stellen auch hier den Antrag, dass der Beitrag um die Hälfte gekürzt wird. Die Kosten für die Gemeinde würden so jährlich CHF 40'000.- betragen.

Kämpfer Erwin, FDP: Ich äussere mich zu den allgemeinen Bemerkungen dieser Kategorie. Bei den Massnahmen ist dann unsere Abstimmung massgebend. Auch in diesem Kapitel wird mehrheitlich auf Nicht-Verzicht oder Weiterführung hingewiesen. Der Gemeinderat, als leitendes Organ, müsste hier ein klareres Signal setzen. Nur so können in diesem Saal Mehrheiten gefunden werden, welche sich engagieren und bereit sind, gemeinsamen Handlungen für Einsparungen zu unternehmen. Wir von der FDP finden auch hier, dass die Verwaltung wirksam beeinflussende Sparmassnahmen kla-

rer aufzeigen muss. Es werden aber auch hier Punkte aufgelistet, die vermehrt die Übernahme von Eigenverantwortungen und Eigeninitiativen gefördert werden sollten. Diese könnten zu Sparmöglichkeiten der Gemeinde führen. Das sind wichtige Einflüsse, und diese gilt es auch zu kommunizieren. Das Kapitel II sollte etliche Einsparungen zur Folge haben. Ich hoffe ihr unterstützt diese.

Gemeinderat Lädach Markus, Departementsvorsteher Finanzen: Nun ist dies eingetroffen was ich bei meinem Eintretensvotum gesagt habe. Am 4. März 2014 haben wir die Vorschläge präsentiert, die Parteien wurden aufgefordert Gegenvorschläge oder Änderungen einzubringen, kontaktiert den Gemeinderat, kontaktiert die Vorsteher der Departemente, aber es ist nichts dergleichen passiert. Diese Änderungs- bzw. Sparanträge der Parteien sehen wir heute zum ersten Mal und ich finde es ist relativ unseriös auf solch gewichtige Dinge, die haben eine andere Qualität als die Anträge der SP-Fraktion in der ersten Kategorie, nun darüber direkt abzustimmen. Die Idee war, dass solche Punkte im Voraus debattiert werden. Ich stehe hier als Gemeinderat und vertrete diese Position. Ich bitte euch, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen. Es besteht immer die Möglichkeit, dass eine einzelne Partei zu einem Geschäft einen Vorstoss einreicht. Wenn wir hier Beiträge um die Hälfte kürzen, hat dies gewichtige Folgen. Solche Kürzungen sollen nicht ohne Absprache mit den Departementsvorstehern passieren und deshalb bitte ich euch nochmals, den Antrag des Gemeinderates zu unterstützen.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (2.1, Weiterführung der Sitzungen im Bärensaal):

Dem Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Beschluss zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion (2.2, Kürzung Sitzungsgelder um CHF 10.-):

Dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (2.3, Verzicht auf Reduktion Anzahl GGR-Mitglieder):

Dem Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Beschluss zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion (2.4, Kürzung des Gemeindebeitrages um die Hälfte für die Website):

Dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion wird mittels Stichentscheid des Vorsitzenden mit 17 zu 16 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Beschluss zum Änderungsantrag der SVP-Fraktion (2.5, Kürzung des Gemeindebeitrages für die Worber Post auf CHF 45'000.-):

Der Änderungsantrag der SVP-Fraktion wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (2.5, Kein Verzicht auf die Worber Post):

Dem Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (2.6, Kein Verzicht auf den freiwilligen Schulsport):

Dem Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (2.7, Kein Verzicht auf die Beiträge an die Volkshochschule):

Der Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (2.8, Kein Verzicht auf die Bibliothek Rüfenacht):

Dem Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (2.9, Kein Verzicht auf Beiträge an die Zahnbehandlungskosten):

Dem Antrag des Gemeinderates wird mit 18 zu 16 Stimmen zugestimmt.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (2.10, Kein Verzicht auf die Aufgabenhilfe und keine Kürzung der Beiträge):

Dem Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (2.11, Kein Verzicht auf Umweltschutzmassnahmen):

Dem Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (2.12, Kein Verzicht auf die Stelle der Altersbeauftragten):

Dem Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Beschluss zum Änderungsantrag der SVP-Fraktion (2.13, Kürzung des Gemeindebeitrages an den Tageselternverein auf CHF 30'000.-):

Der Änderungsantrag der SVP-Fraktion wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (2.13, Kein Verzicht auf die Unterstützung des Tageselternvereins):

Dem Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Beschluss zum Änderungsantrag der SVP-Fraktion (2.14, Kürzung des Gemeindebeitrages an den Verein Kindertagesstätte auf CHF 40'000.-):

Der Änderungsantrag der SVP-Fraktion wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (2.14, Kein Verzicht auf Beiträge an den Verein Kindertagesstätte):

Dem Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (2.15, Kein Verzicht auf die Schulsozialarbeit):

Dem Antrag des Gemeinderates wird mit 19 zu 15 Stimmen zugestimmt.

Beschluss zum Änderungsantrag der SVP-Fraktion (2.16, Kürzung des Beitrags an das Einsatzprogramm „Recy“ auf CHF 40'000.-):

Der Änderungsantrag der SVP-Fraktion wird mit 21 zu 13 Stimmen abgelehnt.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (2.16, Kein Verzicht auf das Einsatzprogramm, Gleis 2):

Dem Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Massnahmen der Kategorie III (mit Antrag auf Überprüfung)

Büchel-Wampfler Sandra, SP: Die SP-Fraktion lehnt die Massnahme 3.2 „Reduktion / Optimierung der Jugendarbeit“ ab. Die offene Kinder- und Jugendarbeit wurde in den Jahren 2011 und 2012 völlig reformiert und unter Einbezug aller Parteien neu ausgerichtet worden. Die neue Strategie läuft seit dem Jahr 2013 bis ins Jahr 2025. Sie trägt der finanziellen Situation der Gemeinde bereits Rechnung. Gegenüber früheren Jahren gab es bereits eine Kostensenkung. Zudem ist der Trägerverein offene Jugendarbeit Worb (TJWO) vom Büro an der Schulhausstrasse umgezogen und hat bei der Gemeinde ein Darlehen aufgenommen, um die Liegenschaft der Gemeinde zu sanieren. Eine Kürzung wäre nicht nur ein Verstoss gegen Treu und Glauben, sondern würde den Trägerverein im Kern treffen, weil infolge die Miete und der Betrieb des Freizeithauses keine Möglichkeiten mehr hätten. Die SP-Fraktion möchte, dass bei der offenen Kinder- und Jugendarbeit nicht mehr gekürzt wird, und hätte gerne, dass diese Massnahme der Kategorie II (Beibehaltung) zugewiesen wird.

Kämpfer Erwin, FDP: Die FDP findet, dass Prioritäten gesetzt und diese auch konkret umgesetzt werden müssen. Eine Überprüfung, die ohne eigentliche Zielsetzungen vorgenommen wird, ist nicht wirkungsvoll. Alibiübungen benötigen wir keine. Einsparungen müssen gezielt angegangen und mit Vorschlägen unterbreitet werden.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (3.1, Überprüfung des Mahlzeitendienstangebots und Prüfung von abgestuften Preisen):

Dem Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (3.2, Prüfung einer Reduktion/Optimierung des Angebots in der offenen Jugendarbeit):

Dem Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Beschluss zum Antrag des Gemeinderates (3.3, Prüfung einer Erhöhung der Parkplatzgebühren ohne Aufhebung der freien Parkzeit):

Dem Antrag des Gemeinderates wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Beschluss zum Rückweisungsantrag der GLP-Fraktion, dass das Geschäft Finanzplanung 2015/2019; Spar- und Verzichtsmassnahmen nochmals überprüft und überarbeitet wird:

Der Rückweisungsantrag der GLP-Fraktion wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Beschluss:

Der bereinigte Antrag des Gemeinderates wird einstimmig genehmigt. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. c der Gemeindeverfassung vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Die bereinigten Anträge der Spar- und Verzichtsmassnahmen werden genehmigt.
2. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

(Ratspräsident Messerli Gregor gibt einen Sitzungsunterbruch bekannt. Dieser dauert von 21.15 bis 21.30 Uhr. Die Protokollführerin.)

Informatik an den Schulen; Hardwareersatz: Kreditbewilligung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 351	12.05.2014	4	2013/17-100	437	13/11/1

Detailberatung

Federer Guido, GPK: Die Botschaft zu der Informatik in den Schulen ist aus der Sicht der GPK gut dargestellt. Zudem wird auch auf die umfassende Botschaft vom 19. August 2013 für die GGR-Sitzung vom September hingewiesen. Die Kostensenkung ist im Vergleich zur Botschaft der ersten Lesung transparent dargestellt und aus der Sicht der GPK nachvollziehbar. Die Kosten sowie die Menge der einzelnen Informatikgeräte sind detailliert aufgelistet und werden auch aufgezeigt. An der ersten Lesung wurden verschiedene Forderungen gestellt. Diese wurden in der vorliegenden Botschaft teilweise realisiert beziehungsweise nicht realisiert. In der vorliegenden Botschaft sind nicht von allen Forderungen Antworten aus der ersten Lesung enthalten. Insbesondere die Begründungen zu den nicht erfüllten Forderungen fehlen teilweise. Die Hauptforderungen vom GGR in der ersten Lesung waren: Der Einsatz einer Open Source Lösung soll geprüft werden. Über eine allfällige Prüfung und dessen Ergebnis wurde in der Botschaft nichts erwähnt. Die Einhaltung beziehungsweise Nichteinhaltung der Forderungen der politischen Parteien, bei der FDP maximal CHF 750'000.- und bei der SVP maximal CHF 706'000.-, wurde in der Botschaft nicht begründet. Die GPK verlangte damals die Zusammenführung der Geschäfte für die Ersatzbeschaffungen und die Erweiterungen. Dieser Forderung wurde mit der vorliegenden Botschaft entsprochen. Die Stellungnahme zu den Beschlüssen der Finanzkommission fehlt in der Botschaft zu dieser zweiten Lesung ganz. Die Fiko hat im Protokoll vom 11. Dezember 2013 ein Kostendach von maximal CHF 600'000.- festgehalten. Die GPK würde es begrüßen, wenn die Auswirkung einer Reduktion auf

diesen Beitrag dargestellt würde. Die Aufwendungen beziehungsweise Investitionen wurden in der Finanzplanung 2014 – 2018 berücksichtigt. Die GPK beantragt aus diesem Grund dem Grossen Gemeinderat, für den Ersatz der Informatik-Hardware in den Worber Schulen einen Verpflichtungskredit von CHF 745'000.- zu bewilligen.

Gemeinderat Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Gerade eben sprachen wir irrtümlicherweise über die Ausgabenhilfe, wobei ich nun tatsächlich mit einem Geschäft komme, welches in diese Richtung fliesst. Als Instrumentallehrer der Musikschule Worb unterrichtete ich ebenfalls ein paar Lektionen an der Schule Rüfenacht. Dort stehen mir Räume zur Verfügung, welche gemäss der Infrastruktur nicht geeignet sind. Es hat lediglich nur einen Computer, das heisst, ich besitze kein Klavier und auch keinen CD-Player. Für Schüler, welche musikalisch nicht begleitet werden können, gibt es sogenannte Begleit-CD's, die diese Aufgabe übernehmen. Das heisst, dass die Schüler mit Abspielen der CD musikalisch unterstützt werden. Kürzlich hatte ich eine Schülerin, die problemlos zu einer Begleit-CD musizieren konnte. Für die Kinder ist es also kein Problem den Computer zu starten, die CD hineinzulegen und zu beginnen. In jener Stunde starteten wir also den PC und warteten. Doch der Start des Computers scheiterte, wobei dadurch keine Begleit-CD abgespielt werden konnte. So präsentiert sich also die momentane Situation an unseren Schulen. Damit die Geräte bei Unterrichtsbeginn funktionieren, müssen viele Lehrpersonen sogar eine Stunde früher in die Schule gehen nur um diese zu starten. Vielleicht funktionieren die Geräte, aber vielleicht, wie in meinem Fall, eben dann doch nicht. So lässt sich nicht mehr vernünftig unterrichten. In der Botschaft habt ihr die Antwort der Erziehungsdirektion auf die vor einiger Zeit gestellte Frage der SVP, ob es denn überhaupt Informatikunterricht an den öffentlichen Schulen brauche, lesen können. Wir befinden uns heute an der zweiten Lesung dieses Geschäftes und konnten in der Zwischenzeit die Fragen, die an der Sitzung im September gestellt wurden, in der jetzigen Botschaft berücksichtigen. Ich vertrete eine andere Meinung als die GPK und werde diesbezüglich noch darauf zurückkommen. Aufgrund des abgelehnten Budgets konnten wir nicht wie geplant mit diesem Geschäft im Februar in den GGR kommen. Wir haben Zeit verloren, viel Zeit. Ich hoffe nun wirklich, dass wir uns heute einig werden und die Ersatzbeschaffung der Hardware an den Worber Schulen umsetzen können. Die Antwort der Erziehungsdirektion auf die Frage, ob die Informatik an den öffentlichen Schulen überhaupt nötig sei, lässt keine Zweifel offen. In den Worber Schulen gibt es momentan pro Klassenzimmer drei fest installierte Plätze. Für die Erziehungsdirektion ist das ein absolutes Minimum. Sie sagen, dass mit der Einführung des Lehrplans 21 die Anzahl steigen wird. Also: Ohne Computer, ohne Informatik und ohne Internet findet heute kein zeitgemässer Schulunterricht statt. Heute nicht und in Zukunft erst recht nicht. Die aktuellen Lehrmittel verlangen mehr und mehr IT-Mittel. Ich denke beispielsweise an das Frühfranzösisch. Aber auch andere Fächer wie Englisch oder NMM bauen darauf auf. Dieser Trend verstärkt sich, ob wir dies wollen oder nicht. Wir sprechen hier und heute über den Ersatz von der sogenannten Hardware. Die Geräte funktionieren nicht mehr oder sind zumindest unzuverlässig. Wie sollen nun Lehrpersonen den Unterricht vorbereiten und planen? Die Situation ist für alle Beteiligten unerträglich. Wir haben auf den ursprünglichen Zeitplan bereits ein halbes Jahr Verspätung. Die Ausfälle bei den Geräten häufen sich. Immer mehr muss ungeplanter Ersatz beschafft werden. Letztlich frage ich euch: Was macht ihr, wenn euer Handy, euer Tablet oder euer Computer nicht mehr zur Zufriedenheit arbeitet? Ihr macht es bestimmt so, wie ich auch. Wir schauen, dass es für das Gerät einen Ersatz gibt, welcher funktioniert. Genau so sollte es in der Schule auch gehandhabt werden. Nun komme ich zu den Anmerkungen der GPK in Bezug auf das Thema Open Source: Ich muss darauf hinweisen, dass es beim vorliegenden Geschäft um einen Hardwareersatz geht. Wir beschaffen keine Software. Somit stellt sich die Frage nach Open Source Lösungen im Moment nicht. Ich komme nun zu der Forderung in der ersten Lesung der FDP, den Kredit auf eine Maximale von CHF 750'000.- und der SVP von einer solchen von CHF 706'000.- zu begrenzen. An dieser Sitzung wurde einzig Folgendes beschlossen. Ich zitiere aus dem Protokoll von der GGR-Sitzung vom 9. September 2013: „Beschluss zum Ände-

rungsantrag der Geschäftsprüfungskommission, dass für den Ersatz der Informatik-Hardware in den Worber Schulen und die Ausrüstung aller Klassenzimmer ab dem 3. Schuljahr mit fest installierten Beamern und die Erweiterung des Laptop-Pools im Primarstufenkreis Worb um 16 Geräte ein Verpflichtungskredit von CHF 839'000.- bewilligt wird.“ Es gibt also keinen bewilligten Antrag in dieser Sache. Die weiteren Kostensenkungen, welche wir vorgenommen haben, habt ihr der Botschaft auf der Seite eins unten, und auf der Seite zwei oben finden können. So kommen wir heute und jetzt zu einem Totalbetrag von CHF 745'000.-. Damit liegen wir um ganze CHF 94'000.- unter dem ursprünglichen Wert. Ich komme zum Kostendach von CHF 600'000.-, welches die Fiko begrüssen würde. Es ist uns schleierhaft, wie die Fiko auf diesen Betrag kommt. Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, tatsächlich können wir auch für CHF 600'000.- Geräte kaufen. Das sind dann aber entweder weniger Geräte, als wir benötigen oder Billiggeräte, die nicht für den Gebrauch in Schulen gedacht sind. Wenn dann die Geräte die erwünschte und geplante Lebensdauer nicht erreichen, müssen wir diese fortlaufend ersetzen. Dadurch entsteht eine Dauerbaustelle. Wir werden neue Kredite beantragen müssen, die dann aber voraussichtlich in der Kompetenz des Gemeinderates liegen. Das Parlament wird sich dazu nicht äussern können. Das ist doch nicht der Sinn der Sache. Ich mache gerne noch einmal mehr darauf aufmerksam, dass wir nicht Geräte für den Privatgebrauch anschaffen. Ich werfe den Schülerinnen und Schülern absolut nicht vor, dass sie bewusst keine Sorge zu den Geräten tragen. Aber es handelt sich hierbei um Schülerinnen und Schülern und es ist ohnehin so, dass ein Fussball, der sich auf dem Weg zu einem Beamer befindet, nur schwer kontrollierbar ist. Und da ist der Beamer froh, wenn er eine robuste Hülle hat. Wir kaufen keinen Rolls Royce, wie ich neulich von jemandem gehört habe. Wir wollen aber Geräte anschaffen, die der Sache dienen und die wirtschaftlich betrieben werden können. Dies ist bei Billiggeräten nicht der Fall. Oder stimmt etwa, was ich neulich in diesem Zusammenhang gehört habe? Ich zitiere: „Wir geben maximal CHF 600'000.- aus und die Lehrpersonen sollen sich davon kaufen, was sie brauchen. Und wenn das nicht reicht, sollen sie sich nach der Decke strecken.“ Dies wurde mir von jemandem gesagt. Das ist Zynismus. Und nebenbei sind es nicht die Lehrpersonen, die bestimmen, was und wieviel angeschafft wird. Letztlich stellt sich für mich auch die Frage, welchen Standard wir an den Worber Schulen wollen. Ich bin immer davon ausgegangen, dass dieser Standard hoch sein müsse. Das betrifft nebst dem der Qualität des Unterrichtes auch die Infrastruktur und die Ausrüstung. Zu ermöglichen, dass die Worber Schule einen hohen Standard erreicht und diesen auch halten kann, sehe ich als eine meiner Hauptaufgaben als Vorsteher des Departementes Bildung. Im Namen der Worber Schülerinnen und Schüler und im Namen der Lehrpersonen bitte ich euch, für den Ersatz der Informatik-Hardware an den Worber Schulen einen Verpflichtungskredit von CHF 745'000.- zu bewilligen.

Zwahlen-Leibundgut Beatrix, EVP: Es ist ein wenig kurios, dass wir an derselben Sitzung einerseits über Spar- und Verzichtsmassnahmen in der Höhe von CHF 1'000.- bis CHF 10'000.- debattieren, und gleichzeitig einen Kredit über CHF 700'000.- sprechen. Aber trotzdem gibt es Ausgaben in solch einer Höhe, die notwendig sind. Die Informatikanschaffung für unsere Schulen wurde grundsätzlich von allen Parteien an der ersten Lesung im Grossen Gemeinderat als notwendig eingestuft. Tatsächlich sieht auch der Lehrplan 21 immer mehr Kompetenzen im Bereich ICT vor. Und unsere Schüler sollen doch für die weiterführenden Schulen und Berufsschulen auch im Bereich Informatik zeitgemäss und kompetent ausgebildet werden. Dazu gehören aber auch die entsprechenden Mittel. Wer zu Hause oder im Büro Computer hat weiss wie schnell diese veralten, und wie teuer diese Anschaffungen sind. Die Kosten für die Erweiterung des Laptop-Pools und für die Ausrüstung der Klassenzimmer mit Beamern sind jetzt ebenfalls in der neuen Kostenzusammenstellung integriert. Somit sind nun die Gesamtkosten über alle drei Anschaffungen auch klar definiert. Die Ausgaben und das Unterhaltskonzept wurden noch einmal überprüft und es können erfreulicherweise wirklich noch einmal CHF 90'000.- eingespart werden. Die 3. und 4. Klassen werden mit den alten Geräten

der Oberstufe ausgestattet. Die 5. und 6. Klassen erhalten nur alle acht Jahre neue Geräte. Dies erachten wir als sinnvoll und können diese Einsparungen auch unterstützen. Allerdings sind wir unter Punkt 4.1 mit den jeweiligen Garantieverlängerungen bei den PC's und Laptops nicht einverstanden. Auch die Stiftung für Konsumentenschutz rät grundsätzlich von gekauften Garantieverlängerungen ab. So könnten weitere CHF 27'390.- eingespart werden. Der neue Verpflichtungskredit würde CHF 717'600.- betragen. Wir stellen einen entsprechenden Änderungsantrag und hoffen sehr, dass ihr diesen unterstützt.

Kämpfer Erwin, FDP: Im Voranschlag 2014 ist eine Teilbeschaffung der Informatik-Hardware an den Worber Schulen vorgesehen. Die FDP steht ganz klar hinter einer hohen Bildungsqualität. Wie wir von Christoph Moser bereits gehört haben, verlangen die heutigen Unterrichtsformen entsprechende Einsatz- und Unterstützungsmittel. Die notwendige Beschaffung von Informatik-Hardware ist für die FDP unbestritten. Der GGR hat aber für die Beschaffung Kosteneinsparungen verlangt, wobei in der vorliegenden Botschaft erläutert wird, wie diese Kosteneinsparungen erreicht werden können. Wir stellen aber fest, dass die verschiedenen Verzichtsmassnahmen bereits getroffen wurden und begrüssen es, dass solche Überprüfungen von Notwendigkeiten, wie wir bereits gehört haben, erfasst wurden. Weglassen ist ein klarer erster Schritt zur Kosteneinsparung. Wir stellen ebenfalls fest, dass bei den Neuanschaffungen immer noch hohe Kaufpreise für die einzelnen Geräte vorgesehen sind. Hier sind wir der Meinung, dass es noch Potenzial hinsichtlich der Einsparungen hat. Ich frage, wer von euch, hat einen Laptop, welcher CHF 1'500.- kostet? Wir haben auch einen Beamer im Wert von CHF 3'000.- sowie einen PC für CHF 950.-. Das sind Preise, welche immer noch relativ hoch sind. Preisvergleiche von Geräten auf dem Markt deuten darauf hin, dass wir da eher eine luxuriöse Lösung anstreben. Die Qualität des Unterrichtes hängt nicht vom Preis des Gerätes ab. Selbst die Lehrer sind überzeugt, dass ein Gerät im Mittelpreissegment den Anforderungen des Unterrichtes vollkommen genügen kann. Und wie bereits erwähnt wurde, kostet eine Garantieverlängerung für einen Laptop CHF 150.-. Da muss man sich schon die Frage stellen, ob dies in der heutigen Zeit der rasanten Entwicklung auch notwendig ist und auf den Halbwertzeitverfall für Preise von Hardwareartikeln. Es ist ebenfalls zu diskutieren, ob eine Dockingstation für jedes Gerät notwendig ist. Die FDP stellt die geforderte Menge der Geräte nicht infrage. Die vorgeschlagene Anzahl soll angeschafft werden. Mit einer Senkung des Kredites, welche wir heute gerne vorschlagen, sollte die gesamte Hardware gleichzeitig, das heisst in diesem Jahr auf einmal für die Worber Schulen angeschafft werden. Folglich möchten wir nicht, dass der Hardwareersatz in zwei Schritten, nämlich in den Jahren 2014 und 2015, erfolgt. Was wir ebenfalls nicht anstreben, ist natürlich, dass dieses Geschäft schlussendlich in der Kompetenz des Gemeinderates liegt, wo solche Geschäfte wieder neu aufgefrischt werden. Das wäre also gar nicht das Ziel dieser ganzen Übung. Wir stellen deshalb folgenden Antrag: Für den Ersatz der gesamten Informatik-Hardware in den Worber Schulen wird ein Verpflichtungskredit von CHF 600'000.- für das bereits angegebene Konto bewilligt. Die Beschaffung für den Ersatz der gesamten Informatik-Hardware soll im Jahr 2014 erfolgen, wobei die Ausführung dieses Beschlusses Sache des Gemeinderates ist. Wir sind mit diesem Antrag eigentlich überzeugt, dass die angesprochenen Massnahmen, nämlich das Weglassen der Garantieverlängerung, die Beschaffung von günstigeren Alternativgeräten und bei einem solchen Gesamtauftrag, heutzutage zu einem schönen Ergebnis führen können. Somit können wir auch die verlangten Kosten- und Ressourceneinsparungen erzielen, ohne dass wir eine Verminderung der Bildungsqualität in Kauf nehmen müssen. Wir brauchen eben keinen Rolls-Roys, sondern eine gut funktionierende Hardware im Mittelsegment, welche von uns allen am meisten benutzt wird. Wir erachten deshalb eine rasche Beschaffung, das heisst im Jahr 2014 der gesamten, notwendigen Informatik-Hardware als zielführend. Da, wie wir bereits gehört haben, schlechte Ausrüstungen vorhanden sind, müssen wir rasch handeln. Wir nehmen es auch in Kauf, dass der im Voranschlag

2014 bereitgestellte Betrag dadurch überschritten wird. Dafür wird die Schule sofort auf dem neuesten Stand sein und mit einheitlichen Geräten ausgerüstet. Die Schulen die auf dem neuesten Stand und mit den neuen Geräten ausgestattet sind, können dann, wenn wir als Gesamtkredit CHF 600'000 bestimmen, einen Einsparungseffekt von CHF 145'000.- erzielen. Und dies wäre eine effektive Kosteneinsparung von den CHF 745'000.-, welche in der Botschaft ausgewiesen werden. In diesem Sinn danken wir euch für die Unterstützung dieses Abänderungsantrages.

Jost-Pfister Catarina, GLP: Da ich selbst mehrere Jahre unterrichtet habe, möchte ich kurz auf eine Aussage von Christoph Moser eingehen, welche ich aus Erfahrung unterstütze. Ich habe bereits im Jahr 1999 mit Computern in einer Gesamtschule gearbeitet, setzte Lehrmittel ein und wickelte wirklich alles über diese Computersache ab. Als Christoph Moser erläuterte, wie die Lage in seiner Schule war, kam auch mir in den Sinn, dass wir eine ältere Einrichtung hatten, die oft nicht funktionierte und zeitaufwendig war. Ihr könnt es euch folgendermassen vorstellen: Ihr habt rund 24 Schüler/innen die gerne beschäftigt werden und die mit dem Lehrstoff vorwärtskommen möchten. Die Computer funktionieren jedoch nicht, da es sehr lange dauert, bis sie starten. Diese Situation ist im Vergleich zu meinem Berufsleben anders, denn Zeit ist Geld und ich kann es mir nicht leisten, am Morgen einen nicht funktionierenden Computer zu haben. Trotz der nicht Erledigung der Arbeiten wegen Computerproblemen werden wir von unserem Arbeitgeber entlohnt. Nun stellt ihr euch sicherlich die Frage, wo hier der Zusammenhang mit der Schule liegt. In der Schule geht es nicht um Geld. Trotzdem können wir das Geld mit den Lehrinhalten, welche man den Kindern vermitteln möchte und auf welche Art sie von A nach B kommen, gleichstellen. Uns allen hier ist es wichtig, dass unsere Kinder gut unterrichtet werden. Es ist ganz klar, dass die Computer alleine keinen guten Schulunterricht garantieren, da noch viele, andere Sachen von Nöten sind. Damit keine Zeitverluste entstehen, ist es wichtig, dass diese Geräte von Anfang an, tagtäglich und ohne Unterbrüche funktionieren denn, wie ihr alle wisst, dauert die Schulstunde nur 45 Minuten. Für die Kinder und Lehrpersonen sind deshalb nicht funktionierende Geräte sehr mühsam. Bei den Anschaffungen möchte ich noch auf eine zweite Sache eingehen. Meistens wird uns an unserem Arbeitsplatz von den Betrieben und von den Firmen ein eigener Computer zur Verfügung gestellt. Wie ich in den Schulen vielfach erlebt habe, stellte die Verwaltung den Lehrpersonen nicht genügend Geräte zur Verfügung, sodass sich die Lehrpersonen auf die wenig vorhandenen Geräte stürzten. Wie ich es in der Schule erlebt habe, schafften die Lehrer schlussendlich ihre eigenen Geräte an, damit sie den Unterricht vor- beziehungsweise nachbereiten konnten. Dies, finde ich, geht nicht in Ordnung. Es müssen genügend Geräte vorhanden sein, damit man an seinem Arbeitsplatz effizient arbeiten kann. Ich komme zum Schluss, dass die Geräte sicherlich bei den Lehrern, bei den Kindern wie auch bei uns allen am Arbeitsplatz funktionieren müssen. Es ist also wichtig, dass die Geräte à jour sind und man seine Ziele damit erreichen kann. Sonst ist jedes Geld zu schade, wenn man eine nicht genügende Lösung hat. Das bringt es nicht.

Fröhlich Viktor, SP: Nachdem die SP-Fraktion in der letzten Sitzung im September für eine zweite Lesung gebeten hat, möchte ich mich heute kurzfassen, und zwar gibt es zwei Punkte. Die vorliegende Botschaft erachten wir als transparent und nachvollziehbar. Das präsentierte Unterhaltskonzept für die Hardware an den Schulen können wir so als überzeugend entgegennehmen. Für die SP-Fraktion steht die Anschaffung der neuen Hardware für die zeitgerechte Ausbildung unserer Kinder völlig ausser Frage. Gerne danken wir dem Gemeinderat für die geleistete Arbeit und werden den Kredit bewilligen.

Hirsbrunner Bruno, SVP: Die FDP-Fraktion beziehungsweise Erwin Kämpfer hat schon viel zur Botschaft gesagt. Die SVP hat mit Genugtuung festgestellt, dass an der letzten GGR-Sitzung der

ersten Lesung, den vorgegebenen Massen entsprochen wurde. Die Botschaft gibt diesbezüglich eine ausführliche Auskunft. Jedoch auch wir denken, dass sicherlich noch viel Potenzial vorhanden ist, die Kosten zu senken, damit diese deutlich tiefer ausfallen können. Man sollte grundsätzlich eine zweckmässige Hardware einkaufen und keine Deluxe-Geräte anschaffen. Eine Frage stellt sich jedoch noch. Überall wird das Wireless eingerichtet, für die Mobilität werden Laptops eingekauft und andererseits werden Dockingstations angeschafft. Mir ist jedoch nicht ganz bewusst, weshalb diese Dockingstations nötig sind. Ebenfalls muss man sich die Frage stellen, ob sich eine Garantieverlängerung von einem Jahr lohnt, wenn man die Anschaffungspreise eines neuen Gerätes betrachtet. Ebenfalls die Beamerkosten scheinen sehr hoch. Der Beamer kostet CHF 1'800.- plus CHF 1'000.- für die Installation und anschliessend CHF 200.- für das Audio. Ich denke, dass zum Sparen noch genügend Potenzial vorhanden ist, indem preisgünstigere aber qualitativ gute Geräte eingekauft werden. Die Installation deutet eher auf eine gröbere hin, wobei ich denke, dass sicherlich auch noch einfachere und günstigere Möglichkeiten, wie beispielsweise die Installation nur mit dem Wireless, bestehen. In der Botschaft vermischen wir die Open Source Lösung. Es sollte überlegt werden, ob die Kosten der Microsoft Office Lizenzen nicht eingespart werden könnten, dies sind immerhin knapp CHF 8'000.-. Stattdessen könnte das LibreOffice verwendet werden. Dies funktioniert bei mir einwandfrei. Die SVP-Fraktion unterstützt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion.

Gemeinderat Moser Christoph, Departementsvorsteher Bildung: Ich nehme kurz zu ein paar Sachen, welche ich mir notiert habe, Stellung. Wieso wird eine Dockingstation benötigt? Eine Dockingstation ist nichts anderes als ein Ladegerät für den Laptop. Diese Dockingstation ist also von Nöten, sonst funktionieren die Laptops eines Tages nicht mehr. Anschliessend möchte ich auf den Änderungsantrag der EVP-Fraktion eingehen. Da kann man tatsächlich darüber diskutieren. Ich möchte nur schnell erläutern, um was es sich eigentlich handelt. Wenn wir eine zweijährige Garantie haben, sind nur die Schäden versichert, welche beim Kauf bestehen. Verlängern wir jedoch die Garantie, werden auch Schäden versichert, welche beim Gebrauch des Gerätes entstehen. Dies ist der grundlegende Unterschied. Wie ich mitbekommen habe, rät der Konsumentenschutz grundsätzlich von einer Garantieverlängerung ab. Deshalb widersetze ich mich nicht dagegen, wenn die Garantieleistung abgelehnt wird. Die FDP- und SVP-Fraktionen haben in etwa die ähnlichen Ansichten. Deshalb möchte ich auf die hohen Kaufpreise eingehen. Wie ich es bereits in meinem Eingangsvotum erläutert habe, verlangen die Schulen andere Forderungen an die Hardware als Privatpersonen. Zwischen drei Hardware-Typen ist zu unterscheiden. Die erste Hardware sind Privatgeräte, welche für eine ein- bis zweistündige Nutzung am Tag gedacht sind. Anschliessend gibt es die sogenannten Business-Geräte, welche eine Nutzung von sieben Stunden gewährleisten. Und dann gibt es noch Geräte, welche einen 24-Stunden-Betrieb garantieren sollen. Für die Schule bevorzugen wir die mittlere Variante, also die Business-Geräte. Die Beamer sind ebenfalls vergleichbar mit den anderen Geräten. Die Betriebszeiten bei Beamern in der Schule sind wesentlich höher als die Beamer im Privatgebrauch. Dazu kommt noch, dass die Beamer eine grössere Lichtstärke benötigen, damit das Gezeigte erkennbar ist, und man nicht immer die Rollläden runterlassen muss. Drittens: Die Beamer sollten einigermassen wirtschaftlich sein. Das bedeutet nichts anderes als, dass die Beamer eine möglichst lange Einsatzzeit aufweisen sollten. Dies ist der Grund dafür, dass wir, wie auch alle anderen Schulen, fix installierte Beamer favorisieren. Letzte Woche habe ich mit einer Kollegin aus Münsingen gesprochen, die genau vor der gleichen Anschaffung stehen. Sie wollen also auch keine mobilen Beamer, welche herumgetragen werden müssen. Eine Lampe für einen Beamer kostet rund CHF 800.- und die Lampen müssten wohl öfters ersetzt werden, wenn die Beamer nicht fest installiert sind. Die Variante für mobile Beamer wurde bei uns gar nicht nachgefragt. Ich komme nun auf die gewünschte Forderung zurück, den Kredit auf CHF 600'000.- zu kürzen. Diesen Betrag könnt ihr hier beschliessen, in die Submission gehen und abwarten, was für Of-

ferten eingereicht werden. Das gleiche gilt aber auch für den ursprünglichen Kredit. Auch dort, und das verspreche ich euch, werden wir auf das Preis- und Leistungsverhältnis achten. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir CHF 745'000.- auf einmal ausgeben. Wir halten uns an das Konzept, wobei hier die Anzahl und die Qualität nicht bestritten wurden. Falls CHF 600'000.- nicht ausreichen sollten, müsste ein Kreditbegehren eingeleitet werden. Aus diesem Grund wäre ich sehr glücklich, wenn wir den ursprünglichen Betrag bewilligen könnten. Noch zum Schluss. Im Änderungsantrag der FDP bei Ziffer 2 steht, dass all diese Geräte möglichst schnell angeschafft werden sollen. Diese Anschaffung sollte also noch in diesem Jahr erfolgen. Diese Überlegung, dass diese Massnahme rasch laufen soll, finde ich an und für sich super. Ich habe mich jedoch noch erkundigt und diesbezüglich Auskunft erhalten, dass bei diesen Anschaffungen verschiedene Unwägbarkeiten geben kann. Zum Beispiel kann gegen den Zuschlag eine Beschwerde erhoben werden kann. Der Hardware-Lieferant hat Lieferprobleme oder die Letec hat zu wenige Personen, um alle Schulkreise gleichzeitig auszurüsten. Die erforderlichen Kapazitäten in der Verwaltung oder in den Schulen fehlen. Man kann diesen Hardwareersatz für dieses Jahr also nicht garantieren, da die Submission zuerst noch ausgeschrieben werden muss. Die Ausschreibung erfolgt sowieso über alle benötigten Geräte. Die Unterteilung des Betrages in der Finanzplanung trägt lediglich dem Sachverhalt Rechnung, dass sich die Bezahlung des Auftrages bis ins Jahr 2015 herziehen wird. Dies waren meine Schlussbemerkungen.

Beschluss:

Antrag FDP-Fraktion
(Verpflichtungskredit von CHF 600'000.-, Beschaffung im Jahr 2014): 15

Antrag EVP-Fraktion
(Verzicht Garantieverlängerung, Verpflichtungskredit von CHF 717'600.-): 19

Der Antrag der EVP-Fraktion wird somit gutgeheissen.

Beschluss zur Gegenüberstellung Antrag Gemeinderat zum Antrag der EVP-Fraktion:

Dem Antrag der EVP-Fraktion wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Beschluss:

Der Antrag der EVP-Fraktion wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. b der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

1. Für den Ersatz der Informatik-Hardware in den Worber Schulen wird ein Verpflichtungskredit von CHF 717'600.00 (ohne Garantieverlängerungen) bewilligt; betroffen ist das Konto 170.506.04 der Investitionsrechnung.
2. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Wasserversorgung Dentenbergstrasse; Leitungersatz: Kreditbewilligung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 351	12.05.2014	5	2013/17-101	908	33/42

Eintreten:

Eintreten wird nicht bestritten und gilt somit als beschlossen.

Detailberatung

Hirsbrunner Bruno, GPK: Die Botschaft mit dem beigelegten Plan gibt umfangreich Auskunft über das Projekt und die Notwendigkeit ist gegeben. Allfällige Folgeschäden wurden in der Botschaft erläutert. Ebenfalls wurde geprüft, ob gleichzeitig weitere Infrastrukturanlagen ersetzt werden sollten. Die Zustimmungserklärungen der Anwohner für die Übernahme der Kosten für den neuen Deckbelag liegen ebenfalls vor. In der Finanzplanung 2014/2018 ist ein Betrag von CHF 140'000.- eingestellt. Die Mehrkosten von rund CHF 98'000.- werden mit der tiefen Lage der bestehenden Leitungen und die damit verbundenen Arbeiten begründet. Die jährlichen Folgekosten und die Kantonsbeiträge wurden in der Botschaft ebenfalls erwähnt. Ein notwendiges, aber sehr kostenintensives Projekt für die Leitungen mit einer Länge von 107 Metern. Die GPK beantragt dem GGR, für den Leitungersatz Dentenbergstrasse 59 – 73 den Verpflichtungskredit von CHF 238'000.- zu bewilligen.

Gemeinderat Hubacher Peter, Departementsvorsteher Umwelt: Auch wenn die Sitzung schon lange dauert, erlaube ich mir noch einige Erläuterungen zu diesem Geschäft. Eine gut unterhaltene Wasserversorgung ist etwas vom Wichtigsten und vom Wertvollsten, das eine Gemeinde bieten kann. In Zukunft wird dieses Thema wohl noch wichtiger werden. Einige Gemeinden werden wohl in den nächsten Jahren einen etlichen Nachholbedarf haben. In Worb sind wir bei diesem Thema sehr gut unterwegs. Dass dieses Thema wichtig ist, hat auch der Kanton erkannt und deshalb ist die Wasserversorgung mit der Spezialfinanzierung geregelt. Der Kanton hat auch festgehalten, dass ein Wertehalt von mindestens 60% vom Wiederbeschaffungswert zurückgestellt werden muss. Das Wasserversorgungsnetz der Gemeinde Worb ist rund 61 km lang. Der Wiederbeschaffungswert beläuft sich auf ca. 81 Mio. Franken. Wenn wir mit einer Lebensdauer der Leitung von 80 Jahren rechnen, müsste die Gemeinde Worb jährlich rund 700 – 750 Meter Leitungen ersetzen. Die Leitung, von der wir heute Abend sprechen, hat mit den 47 Jahren etwa erst die Hälfte der vorgesehenen Lebensdauer erreicht. Es gibt verschiedene Ursachen, weshalb diese Leitung bereits ersetzt werden muss. Ursache ist zum Beispiel die schlechte Einbettung einer Leitung sein. Die vielen Rohrbrüche bei der Leitung an der Dentenbergstrasse weisen auf Fehler hin. Eine mögliche Ursache könnte auch die hohe Druckbelastung sein, welche durch die nachträglichen Aufschüttungen erfolgt ist. Allenfalls ist ein unstabiler Baugrund oder der Hangdruck die Ursache für die vielen Rohrbrüche. Fazit: Bei allen Tiefbauprojekten gibt es unvorhersehbare Umstände. In den letzten Projekten haben wir folgende nicht planbare Umstände erlebt: unterschiedliche Preise bei den Vergabungen, Materialkosten, unterschiedliche Bodenbeschaffungen, Platzverhältnisse, Witterung und die Logistik vom Bauablauf. All diese Umstände führen dann zu höheren Ingenieurkosten. Die nicht planbaren Umstände können aber auch Einsparungen zur Folge haben. Beim Projekt an der Vechigen-/Neufeldstrasse

konnten CHF 49'000.- eingespart werden. An der alten Bernstrasse in Rüfenacht gab es eine Kreditunterschreitung von CHF 41'000.-. Kostenschätzungen im Tiefbau sind sehr ungenau. Klar können bisherige Projekte evaluiert werden, aber es gibt bei jedem Projekt wieder Unvorhergesehenes. In der Regel wird für den Finanzplan eine Genauigkeit von 20 – 25 % berücksichtigt. Dieses Projekt ist eine nötige und sinnvolle Investition. Ich möchte euch bitten, dem Antrag des Verpflichtungskredits von CHF 238'000.- für den Leitungsersatz an der Dentenbergstrasse zuzustimmen.

Stöckli Rolf, EVP: Die EVP-Fraktion stimmt der vorliegenden Kreditbewilligung zu. Die EVP unterstützt es sehr, dass die Leitungen ersetzt werden, sobald ein Leck besteht. Es ist bekannt, dass Graugussleitungen sehr empfindlich auf Bodenbeläge reagieren und deshalb entstehen rasch grosse Lecks. In der Botschaft ist erläutert, dass es an der Dentenbergstrasse bereits mehrere Rohrbrüche gab. Moderne Leitungen sind elastischer und können den Bodenbewegungen besser entgegen halten. Im Finanzplan 2014/2018 wurden bereits CHF 140'000.- für den Leitungsersatz berücksichtigt. Der beantragte Kredit gemäss Botschaft beläuft sich auf CHF 238'000.-. Trotz der Begründungen in der Botschaft finden wir dies eine hohe Differenz, vor allem weil ein Tiefbauingenieur die Kosten geschätzt hat. Trotz des Einwandes kann die EVP dem Kreditbegehren zustimmen.

Schweizer Hans Peter, FDP: Besten Dank an die Verwaltung für diese ausführliche Botschaft, welche sehr detailliert und nachvollziehbar ist. Die vielen Rohrbrüche der bestehenden Graugussleitung in den letzten vier Jahren sind Grund genug dem Kredit eine Bewilligung zu erteilen. Die fast 50 Jahre alte Leitung hätte ansonsten zu kostenintensiven Investitionen geführt und sie wäre sanierungsbedürftig geblieben. Finanziert wird die Leitung über die sogenannte Spezialfinanzierung Werterhalt. Auch wenn Geld vorhanden ist, ist es enorm, dass mehr als 70% der Kosten, welche im Finanzplan eintragen worden sind, überschritten werden. Vor allem wenn man bedenkt, dass bereits vier Mal an dieser Leitung geflickt und nicht bemerkt wurde, dass diese Leitung viel tiefer liegt. Die FDP empfiehlt, diesem Kredit zuzustimmen.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. b der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Für den Leitungsersatz der Wasserversorgung in der Dentenbergstrasse Nr. 59-73 wird ein Verpflichtungskredit von CHF 238'000.00 bewilligt; betroffen ist das Konto 355.501.46 der Investitionsrechnung.
2. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Interpellation der FDP-Fraktion betreffend Zukunft Wislepark Worb - Offenlegung der notwendigen Planungs- und Handlungsgrundlagen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 351	12.05.2014	6	2013/17-102	1002	10/10/11

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Es werden vier Fragen gestellt. Alle Fragen ausser der dritten Frage hat der Verwaltungsrat des Sportzentrums Worb AG beantwortet. Die Antwort zur Frage drei stammt vom Gemeinderat. Ich verzichte darauf die Fragen nochmals zu zitieren, sondern beschränke mich auf die Antworten. Ich beziehe mich hier auf die mittlere Spalte die Rechnung 2013, in der linken Spalte ist die Hochrechnung vom Oktober 2013 ersichtlich, rechts die Differenz zwischen der Hochrechnung und der Rechnung (Folienu Auflage. Die Protokollführerin). Die Rechnung schliesst, bei Abschreibungen von CHF 432'267.-, mit einem Verlust von CHF 728'118.- ab. Ohne den Gemeindebeitrag in der Höhe von CHF 370'370.- beträgt der Verlust 1'098'488 Mio. Franken. Dies entspricht einer Besserstellung gegenüber der Hochrechnung vom November 2013 um CHF 75'260.-. Der Eisbetrieb und das Schwimmbad weisen die üblichen Defizite von zusammen CHF 972'365.- auf. Diese Grösse ist bekannt und ist auch in anderen Sportanlagen in der Schweiz der Fall. Der Fitnessbereich schliesst fast ausgeglichen ab. Er weist lediglich ein Defizit von CHF 2'360.- aus. Der Wellnessbereich weist ein Defizit von CHF 20'500.- aus. Das Restaurant weist im letzten Jahr einen Gesamtverlust von ca. CHF 103'000.- aus. Der neue Verwaltungsrat hat die Situation im November 2013 im Detail analysiert und mit gezielten Massnahmen reagiert und klare Verbesserungen erreicht. Der Gastrobereich hat von besseren Besucherzahlen, insbesondere aufgrund von speziellen Anlässen, profitiert. Auch im Fitness und Wellness erhöhte sich die Besucherzahl im vierten Quartal. Umsatz und Akzeptanz konnten deutlich verbessert werden und die positive Stimmung hat viel geholfen. Der Businessplan mit der Planerfolgsrechnung und den üblichen Inhalten (Marketingplan, SWOT-Analyse, Massnahmenplan, Kundenbindung etc.) liegt vor (Folienu Auflage. Die Protokollführerin). Der Verwaltungsratspräsident Rolf Nöthiger hat am 22. April 2014 anlässlich des Reportings für das erste Quartal 2014 präsentiert. Der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung handeln nach diesem Businessplan. Auf dieser Folie ist ganz links die Rechnung 2013, dann die Hochrechnung 2014 und ganz rechts die Differenz davon oder die angestrebte Verbesserung. Die Planerfolgsrechnung 2014 rechnet mit weiteren Verbesserungen in allen Bereichen. Sie geht unter der Berücksichtigung von Abschreibungen in der Höhe von rund CHF 500'000.- von einem Fehlbetrag von rund CHF 940'000 aus. Unter Berücksichtigung des Gemeindebeitrages von CHF 370'370.- (nach Vorsteuerkürzung) reduziert sich der Fehlbetrag auf CHF 570'000.-. Die erwarteten Verbesserungen im laufenden Jahr gegenüber dem Vorjahr betragen für Gastro, sowie für das Schwimmbad, Curling und Eisbahn zusammen ca. CHF 67'000.-. Zur Einbindung grösserer Benutzergruppen: Am 5. März hat der Verwaltungsrat die Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten der umliegenden Gemeinden zu einer Präsentation des Wisleparcs eingeladen. Das Ziel ist es, dass sich möglichst viele auswärtige Gemeinden der Region finanziell beteiligen. Bereits sind erste positive Rückmeldungen eingegangen. Mir ist beispielsweise bekannt, dass sich Vechigen bereit erklärt Kosten für den Wislepark zu sprechen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Verwaltungsrat des Wisleparcs und der Gemeinde ist vertraglich geregelt. Der Vertrag bestimmt, dass der Wislepark mindestens ein Freibad im Sommer, eine Kunsteisbahn (ohne Curling) im Winter und ein Restaurant während der Sommer- und der Wintersaison betreibt. Über den Betrieb weiterer Angebote entscheidet der Verwaltungsrat nach vorgängiger Absprache mit dem Gemeinderat; er informiert den Gemeinderat bei geplanten Veränderungen frühzeitig. Weiter regelt der Vertrag, dass der Verwaltungsrat den Gemeinderat quartalsweise über

das operative Geschehen und die finanzielle Situation informiert. Weiter muss der Verwaltungsrat dem Gemeinderat das Budget und die Strategie zur Kenntnisnahme unterbreiten. Der Gemeinderat nimmt die Eigentümerinteressen einerseits im Rahmen der vertraglichen Vereinbarungen wahr und andererseits im Rahmen der Generalversammlung. Vertraglich ist festgelegt, dass die Gemeinde immer über mindestens zwei Drittel aller Aktien verfügt. Der Gemeinderat kann so an der Generalversammlung immer die Gemeindeinteressen durchsetzen. Die Information des Grossen Gemeinderates nimmt der Gemeinderat wahr. Es ist vorerst eine halbjährliche Information geplant, und zwar jeweils im Mai und im Oktober. Mit der Beantwortung der vorliegenden Interpellation und der Auflage des Jahresberichts 2013 erachtet der Gemeinderat die Informationspflicht im jetzigen Zeitpunkt als angemessen erfüllt. Der Wislepark wird bei optimalem Betrieb einen Umsatz von rund 2,5 Mio. Franken machen. Es ist also ein eher kleiner Betrieb. Die operative Führung ist optimal aufgestellt und entspricht der Grösse des Unternehmens vollumfänglich. Die Führung obliegt Matthias Horvath. Er ist sowohl als Geschäftsführer als auch als Chef Gastro tätig ist. Die Spartenleitungen Administration, Eisbahn/Schwimmbad und Wellness/Fitness sind sehr gut aufgestellt und funktionieren in hoher Qualität. Die Kundenresonanz bestätigt dies eindrücklich. Der Verwaltungsrat deckt die Bereiche Betrieb/Personal, Finanzen, Marketing und Gesamtleitung professionell ab.

Beschluss zum Antrag der FDP-Fraktion auf eine Diskussion:

Der Antrag wird mit 18 zu 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Dringliche Interpellation der SVP-Fraktion betreffend Diverse Fragen im Zusammenhang mit der Tour de Suisse in Worb

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 351	12.05.2014	7	2013/17-103	1058	14/20/0

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Ich fange gerne mit einem Rückblick an: Am 4. November 2002 setzte der Gemeinderat eine Spezialkommission ein mit Auftrag, ein Standortmarketing für die Gemeinde Worb zu erarbeiten. Im Rahmen der damit verbundenen Vorabklärungen stellte die Spezialkommission fest, dass die Verbundenheit mit der Gemeinde abnimmt und die einzelnen Dörfer der Gemeinde wenig Gemeinsames verbinde. Sie schlug dem Gemeinderat im Januar 2004 vor, regelmässig ein Festival durchzuführen. Dieses solle das Wir-Gefühl stärken und zum Markenzeichen von Worb werden. Verschiedene Anläufe, die Idee eines Festivals umzusetzen, scheiterten. Weder gelang es, ein überzeugendes Thema für den Anlass zu finden, noch konnte eine breit abgestützte und initiative Trägerschaft gebildet werden. Aus diesem Grund beschloss der Gemeinderat Anfang des Jahres 2005, die Idee eines Festivals fallen zu lassen. Stattdessen entschied er, Vereine und Trägerschaften, die einen kulturellen oder sportlichen Anlass für eine breite Öffentlichkeit organisieren möchten, in Zukunft stärker zu unterstützen. Er legte deshalb fest, dass sich die Organisatoren von Anlässen neu an die Präsidialabteilung wenden können. Die Präsidialabteilung soll als zentrale Anlaufstelle bei der Gemeindeverwaltung die Organisatoren beraten und unterstützen sowie die erforderlichen Abklärungen innerhalb der Gemeindeverwaltung vornehmen. Im Weiterm erliess der Gemeinderat ebenfalls im Jahr 2005 eine Richtlinie, wie Gesuche von Vereinen und Trägerschaften, die einen kulturellen oder sportlichen Anlass für eine breite Öffentlichkeit organisieren möchten, in Zukunft behandelt und beurteilt werden. Darin stellt der Gemeinderat finanzielle Unterstützung, Unterstützung bei Bewilligungsverfahren und Unterstüt-

zung bei der Werbung und Kommunikation in Aussicht. Dem Gemeinderat war es immer ein Anliegen, unter dem Aspekt des Standortmarketings und des Wir-Gefühls Vereine und Trägerschaften von Anlässen grosszügig zu unterstützen oder gar selber Anlässe zu organisieren. Einige Beispiele mögen dies verdeutlichen: Fête de la musique. Der Verband Bernischer Gemeinden rief im Jahr 2007 alle Gemeinden auf, den längsten Tag des Jahres als Musik-Tag zu etablieren. An jedem 21. Juni solle in Zukunft mindestens eine öffentliche musikalische Darbietung stattfinden. Dafür bewilligte der Gemeinderat CHF 4'300.-. Weil kein privates Organisationskomitee gefunden werden konnte, beauftragte er die Präsidialabteilung mit der Organisation und Durchführung. Die Präsidialabteilung, namentlich Patricia Graf, hat in der Folge diesen Anlass vier Mal von „A bis Z“ organisiert und durchgeführt. Das nächste Projekt, das ich nennen möchte, ist Schweiz.bewegt: Im Jahr 2007 rief das Bundesamt für Sport alle Gemeinden auf, im Zusammenhang mit der Fussball-Europameisterschaft 2008 die Bevölkerung anlässlich einer vorangehenden Sportwoche zu mehr sportlicher Aktivität zu animieren. Der Gemeinderat bewilligte einen Betrag von CHF 9'000.- und beauftragte wiederum die Präsidialabteilung mit der Organisation und Durchführung des Anlasses. Die Präsidialabteilung hat den Anlass auch 2009 von „A bis Z“ organisiert und durchgeführt. Nachher hat der Ortsverein Gemeinde Worb diese Aufgabe übernommen. Das Freilicht-Theater „Klassenzämekunft“, welches auf dem Bärenplatz durchgeführt wurde, unterstützte der Gemeinderat mit einer Defizitdeckung von CHF 5'000.-. Zudem übernahmen die Zentralen Dienste der Gemeindeverwaltung den gesamten Vorverkauf für die insgesamt 27 Vorstellungen, ohne dass man die Kosten an den durchführenden Verein verrechnet hätte. Das Dorffest 2012 zur Eröffnung des Wisleyparks unterstützte der Gemeinderat mit über CHF 23'000.-. Diese grosszügigen personellen und finanziellen Unterstützungen wurden in der Vergangenheit nie kritisch hinterfragt. Im Gegenteil: Am 10. Dezember 2012 hat das Parlament erneut einen Vorstoss der SP-Fraktion überwiesen, in dem der Gemeinderat aufgefordert wird, das Zusammenleben in den acht Dörfern der Gemeinde durch kulturelle, verbindende Angebote und Anlässe zu fördern. Mit dem Zeitfahren der Tour de Suisse findet am 20. Juni 2014 nun ein Anlass statt, der nicht nur regionale, sondern nationale und internationale Ausstrahlung hat. Für den Gemeinderat ist klar: Wenn Standortmarketing wirklich ein Anliegen unserer Gemeinde ist und sich Worb auf dieser grossen Bühne positiv ins Bild setzen will, so ist ein Zusammenstehen und gemeinsames Handanlegen von OK, Wirtschaft, Vereinen, Politik und Verwaltung unabdingbar. Mit grosser Enttäuschung und auch Unverständnis stellt der Gemeinderat fest, dass diese positive Haltung in den Vorstössen der SVP und SP völlig fehlt. Nun gehe ich gerne auf die Fragen ein. Ich als Gemeindepräsident unterstehe keinem Arbeitszeitmodell. Die im OK vertretenen Mitarbeitenden der Gemeindeverwaltung sind sowohl während der ordentlichen Arbeitszeiten als auch in ihrer Freizeit für das OK tätig. Der Gemeinderat hält an seiner langjährigen Praxis fest, die Aufwendungen der Gemeindemitarbeitenden nicht zu verrechnen. Es kommt hinzu, dass verschiedene Mitarbeitende aufgrund ihrer Funktion sowieso für den Anlass hätten Zeit aufwenden müssen, so beispielsweise die Leiterin der Polizeiabteilung im Bereich der Verkehrsführungen oder der Strassenmeister. Mit dem Entscheid, diese beiden Personen in das OK aufzunehmen, konnte eine enorm effiziente Organisationsstruktur geschaffen werden. Das OK hat erst Anfang von diesem Jahr die Arbeit aufgenommen. Wie bei vielen anderen Veranstaltungen wird der Werkhof beim Auf- und Abbau des Festgeländes im Einsatz stehen, insbesondere bezüglich Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Abfallentsorgung. Wie üblich wird dabei auf eine Kostenverrechnung verzichtet. Der Einsatz der Feuerwehr und des Zivilschutzes ist vorgesehen und im Fall des Zivilschutzes auch vom Kanton bewilligt. Die Kosten trägt der Verein WorbEvent. Die vierte und die fünfte Frage kann ich mit Nein beantworten. Der Vertrag zur Durchführung des Zeitfahrens in Worb ist zwischen der IMG, das ist die Firma, welche die Tour-de-Suisse organisiert, und dem Verein WorbEvent abgeschlossen worden. Der Verein rechnet mit Aufwendungen von rund CHF 125'000.-. Am 8. April 2014 präsentiert sich die Finanzierung wie folgt: Gönner- und

Sponsorenbeiträge von CHF 83'000.-, zwei Defizitdeckungsgarantien mit gesamthaft CHF 35'000.- und Erlöse aus Festwirtschaften und Inserateverkäufen von CHF 10'000.- gerechnet. Spekulationen über Haftbarkeiten, Konkurse und massive Kostenüberschreitungen sind somit völlig fehl am Platz. Der Gemeinderat hat bisher noch keine Franken Steuergelder für diesen Anlass eingesetzt und wird das auch in Zukunft nicht tun. Die Gelder, die gesprochen wurden, stammen aus einem Fonds, welcher durch die Beiträge an den Anzeiger geäufnet wurde. Wie aus der Antwort zu Frage fünf ersichtlich, ist das auch nicht nötig.

Einfache Anfrage der SP-Fraktion betreffend Tour de Suisse in Worb

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 351	12.05.2014	8	2013/17-104	1061	14/20/0

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus, Departementsvorsteher Präsidiales: Die im Vorstoss gestellten Fragen wurden eigentlich schon mit der Interpellation der SVP-Fraktion beantwortet. Ich erlaube mir deshalb, die Antworten hier kurz zu fassen. Frage eins: Die Vertragspartnerin ist nicht die Gemeinde, sondern der Verein WorbEvent. Frage zwei: Es sind bereits genügend Sponsorengelder gesprochen. Frage drei: Die Gemeinde Worb trägt keine Defizitgarantie. Sie leistet einen einmaligen Beitrag von CHF 20'000.-. Zur Frage vier: Diese Trennung ist nicht strikt möglich. Beispielsweise müssen die Leiterin der Polizeiabteilung oder der Strassenmeister Aufgaben für den Anlass wahrnehmen, ob sie dem OK angehören oder nicht. Frage fünf: Es werden auch Arbeiten während der Arbeitszeit erledigt. Frage sechs: Der Gemeinderat hat entschieden, dass keine Kostenverrechnung erfolgt. Das entspricht der langjährigen Praxis. Frage sieben: Der Gemeinderat wird keine weiteren Gelder bewilligen. Ich erlaube mir eine persönliche Schlussbemerkung: Die Vorstösse von SVP und SP atmen einen schwer verständlichen Geist der Kritik, des Misstrauens und der offenen Ablehnung. Nie hat die Unterstützung eines Anlasses durch die Gemeinde in den vergangenen 10 Jahren zu politischen Vorstössen Anlass gegeben. Bei der Tour de Suisse sind es bereits deren Drei. Ich bin überzeugt, dass das Zeitfahren der Tour de Suisse für die Gemeinde Worb und für die ganze Region zu einem wichtigen Ereignis wird. Ich stelle fest, dass die übrigen betroffenen Gemeinden sehr positiv und mit viel Vorfreude auf dieses Ereignis zugehen. Beispielsweise Münsingen, Grosshöchstetten, Konolfingen und Häutligen, die besonders betroffen sind, bereiten sich mit viel Engagement auf dieses Zeitfahren vor. Aber eben: In unserer von Medien dominierten Gesellschaft erreicht man mit destruktiver Kritik viel mehr Aufmerksamkeit als mit einer Haltung, die Chancen nutzen will. Aber: Eine Chance bringt nur dann die positive Wirkung, wenn man sich auf sie einlässt und sie nutzen will. Wer Chancen zum vornherein als unnütz einstuft, der darf sich am Schluss nicht über Stillstand oder Rückgang beklagen. Und genau das ist der Grund, weshalb ich mich auf das Zeitfahren der Tour de Suisse eingelassen habe. Ich bin fest überzeugt, dass die Gemeinde Worb und die Region es verdient, dass diese Chance genutzt wird. Ich stelle mit einem leichten Schmunzeln fest, dass für gewisse Kreise und Parteien und auch für gewisse Medien in Worb nicht das Zeitfahren selber das Problem ist, sondern vielmehr die Tatsachen, dass dieser Anlass mit meiner Person verknüpft ist.

Dringliche Motion der FDP-, SP- und SVP-Fraktionen betreffend ESP

Worbboden

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 351	12.05.2014	9	2013/17-105	1088	31/0/1

„In der Finanzstrategie ist festgehalten, dass Projekte, welche einen Mehrertrag für die Gemeinde bringen (Steuern), prioritär behandelt werden sollen. Die Wohnbaulandreserven in Worb sind ausgeschöpft, und gemäss aktuellen Benchmarkzahlen haben wir in Worb ein deutliches Arbeitsplatzmanko. Die Firma Will und Partner und die Marti Holding AG haben im März 2014 dem Gemeinderat ihr Überbauungskonzept ESP Worbboden vorgestellt. Das Projekt geht konkret auf die Forderungen aus den OP-Foren ein (Verdichten, bessere Nutzung, kein Verlust von Fruchtfolgeflächen, mehr Arbeitsplätze. Wohnen im Alter) und lässt sich je nach Marktbedürfnis flexibel entwickeln. Die Industriebranche Worbboden ist geeignet, um mit einer Anpassung der Grundordnung unter Einbezug von Wohn- und Verkaufsflächen, das fehlende Angebot an Wohnraum- und Arbeitsplätzen in der Gemeinde Worb kurzfristig und wesentlich zu verbessern. Bei grünem Licht für die weitere Planung konnte das Projekt rasch zur Verbesserung des Steuerertrags beitragen. Es ist verkehrstechnisch (MIV) gut gelegen und verfügt bereits über eine Anbindung an den öffentlichen Verkehr. Eine rasche Realisierung parallel zum Bau der Umfahrung Spange Nord wäre möglich. Bereits sind etliche Investoren für die Realisierung dieses Projektes vorhanden. Die Gemeinde trägt bei diesem Projekt kein finanzielles Risiko.

Die oben aufgeführten Parteien beauftragen den Gemeinderat wie folgt:

1. Der Entwicklungsschwerpunkt im Worbboden mit den Parzellen Nr. 4733, 4717, 3988 und 181, soll von der „Geschäfts- und Gewerbezone“ in eine „Geschäfts-, Wohn- und Gewerbezone“ umgezont werden.
2. Die Umzonung soll möglichst VOR der ordentlichen Ortsplanung erfolgen, damit eine rasche Realisierung ermöglicht wird.
3. Dazu soll der Gemeinderat zusammen mit dem Investor beim Kanton (AGR) einen entsprechenden Antrag einreichen.
4. Der Gemeinderat informiert das Parlament an der GGR-Sitzung vom 8. September 2014 über das Ergebnis des eingereichten Antrags, erklärt uns wie es weiter gehen soll und wie der entsprechende Fahrplan aussieht.

Begründung der Dringlichkeit:

- Worb ist dringend auf die schnelle Realisierung solcher Projekte angewiesen (Steuereinnahmen, Arbeitsplätze).
- Aus Sicht der Motionäre erfüllt das Projekt die in den öffentlichen Foren geäusserten Kriterien für die Dorfentwicklung wie innere Verdichtung, kein Landverschleiss, gemischte Wohnformen. Es gibt daher keine objektiven Gründe, für eine administrative Verzögerung des Umzonungsgehens.
- Wenn das Projekt erst mit der nächsten OP aufgenommen wird, ist die Realisierung als Ganzes gefährdet.“

Dringliche Motion der SVP-Fraktion betreffend Aufwandminimierung Finanzplan/Voranschlag 2015/2019

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 351	12.05.2014	10	2013/17-106	1086	21/0

„Angesichts der momentanen Finanzsituation erachten wir es als unumgänglich, zusätzlich zu den vorgeschlagenen Spar- und Verzichtsmassnahmen des Gemeinderats die Aufwandseite weiter zu minimieren. Vom Gemeinderat wurde entsprechend verlangt, dass die Fraktionen zur GGR-Sitzung vom 12. Mai 2014 weitere Spar- und Verzichtsanschläge einbringen sollen.

Eine deutliche Mehrheit der Stimmbürger/innen wollte am 24. November 2013 an der Urne keine Steuererhöhung, sondern verlangte, dass wir zum Steuerfranken Sorge tragen und die nötigen Spar- und Verzichtsmassnahmen rasch einleiten.

Der Gemeinderat wird beauftragt die Ausgaben im Finanzplan 2015/2019 um mindestens 1% oder insgesamt um CHF 500'000.- pro Jahr zu reduzieren.

Dieser Betrag soll zusätzlich zu den bereits vorgeschlagenen Spar- und Verzichtsmassnahmen eingespart werden.

Welche Departemente oder welche Verwaltungsabteilungen dabei mehr oder weniger betroffen sind, liegt in der Verantwortung des Gemeinderats.

Begründung der Dringlichkeit:

Damit die Aufwandskürzungen noch wirksam im Voranschlag 2015/2019 aufgenommen werden, muss zur vorliegenden Motion an der GGR Sitzung vom 23.06.2014 ein Beschluss vorliegen.“

Dringliche Motion der FDP-Fraktion betreffend Sanierung Worber Finanzen – weitere Sparmassnahmen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 351	12.05.2014	11	2013/17-107	1087	21/0

„Im Hinblick auf die kommende Beratung des VA 2015 wird der Gemeinderat beauftragt, folgende, weitere konkrete und greifende Sparmassnahmen dem GGR zu unterbreiten und umzusetzen:

- Investitionsberücksichtigung bis 2018, Neubeurteilung 2018 (d.h. anstehende Renovationen zurückstellen)
- Keine Erhöhung des Gemeindebeitrages beim Wislepark bis 2018; Kostenreduktion in Sportzentrum Wislepark (dh. Reduktion der Personalkosten, Verzicht auf Abschreibungen etc.)
- Kompletter Verzicht auf die Neugestaltung rund um das Dorfschulhaus (GR hat infolge hoher Kostenschätzung das Projekt nur zurückgestellt; eine allfällige Neubeurteilung soll erst nach der Genehmigung der Ortsplanung erfolgen)
- Keine Übernahme der Strassenbeleuchtung von der BKW
- Aufwandreduktion im Werkhofbereich
- Einfrierung der Lohnsumme des Gemeindepersonals bis 2017
- Verzicht auf Weiterbildungen des Gemeindepersonals bis 2017
- Eine lineare Kürzung beim gesamten Sachaufwand um 2%

- Aufzeigen von Sparmöglichkeiten aufgrund einer Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen mit anderen Gemeinden (Feuerwehr, Werkhof, etc.)

Begründung:

Der Gemeinderat hat dem Grossen Gemeinderat im Mai 2014 27 mögliche Verzicht- und Sparmassnahmen vorgelegt. Die FDP begrüsst den eingeschlagenen Weg. Es muss jedoch festgestellt werden, dass der Gemeinderat nur bei 6 von diesen 27 Massnahmen gewillt ist zu sparen (Sparpotenzial von insgesamt CHF 85'000.00).

16 Sparmöglichkeiten werden aufgelistet, jedoch nicht zum Sparen empfohlen. 3 weitere Massnahmen (Sparpotenzial von CHF 85'000.00) wären nur zu überprüfen.

In Hinblick auf die aktuelle Finanzsituation erachtet die FDP als unabdingbar, zusätzliche Sparmassnahmen vorzunehmen.

Der Gemeinderat muss dringend klare Signale setzen. Mit einer konsequenten Bereinigung unserer strukturellen Probleme und einer spürbaren Verbesserung der Ertragslage muss die Sanierung unserer Gemeindefinanzen sichergestellt werden.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Worber Finanzen befinden sich in einer Schieflage.

Die Ausarbeitung des Voranschlags 2015 und der Finanzplanung 2015/19 steht unmittelbar bevor. Alle Parteien wurden vom Gemeinderat aufgefordert, ihre Vorschläge möglichst rasch dem Gemeinderat zu unterbreiten. Damit diese Vorschläge und Forderungen der FDP im Voranschlag 2015 berücksichtigt werden können, ist eine dringende Bearbeitung dieser Motion zwingend.

Wir bitten Sie die Dringlichkeit unserer Motion zu unterstützen.“

Motion der SP-Fraktion betreffend Aufgaben- und Organisationsüberprüfung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 351	12.05.2014	12	2013/17-108	1089	13/10

„Der Gemeinderat wird beauftragt, eine unabhängige Aufgaben- und Organisationsüberprüfung der Verwaltung erarbeiten zu lassen und basierend auf dem GGR Massnahmen zur Kostenreduktion zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

Die finanzielle Situation der Gemeinde ist schlecht. Im März wurden den Parteien verschiedene Vorschläge für Einsparungen präsentiert. Diese betreffen zu einem grossen Teil soziale Errungenschaften und Leistungen, von welchen sozial schwächere Schichten profitieren. Wir begrüssen sehr, dass mögliche Massnahmen frühzeitig zur Diskussion gestellt werden. Durch die Massnahmen werden die grössten Kostenfaktoren, insbesondere die Aufwendungen für die Verwaltung, inklusive Gemeindepräsident und Gemeinderat, nicht berücksichtigt.

Aus unserer Sicht bestehen hier verschiedene Einsparmöglichkeiten, beispielsweise:

1. Die Führungsstrukturen sollen überprüft werden mit dem Ziel der Reduktion von Sachbearbeitung durch leitende Angestellte.
2. Beim Werkhof kann der gemeinsame Einkauf sowie die überkommunale Nutzung von Maschinen geprüft werden.

Mit der verlangten Aufgaben- und Organisationsüberprüfung soll festgestellt werden, ob die Verwaltung das Richtige tut und ob dies richtig getan wird. Sollte sich wider Erwarten herausstellen,

dass kein Einsparpotential besteht, erhöht eine entsprechende Überprüfung die Akzeptanz für zukünftige Steueranpassungen.“

Postulat der EVP-Fraktion betreffend Verkehrssanierung Worb

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussesnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 351	12.05.2014	13	2013/17-109	1085	31/6/1

„Zum Gesamtprojekt „Umfahrung Worb“ gehört als letzte Etappe auch die Verkehrsberuhigung durch die Bern- und Bahnhofstrasse. Vorgesehen sind Tempo-30-Zonen und Poller. Die EVP begrüsst grundsätzlich aus ökologischen Standpunkten Massnahmen zur Verkehrsberuhigung. Für die Anwohner bedeutet es eine wesentliche Aufwertung der Wohnqualität. Dazu sollen Poller installiert und anschliessend Verkehrszählungen durchgeführt werden. Es ist vorgesehen, die Strassen von ca. 16.00 Uhr nachmittags bis am nächsten Morgen um ca. 9.00 Uhr zu sperren.

Aus unserer Sicht soll aber auch das Einkaufen im Dorf Worb unbedingt attraktiv bleiben. Da viele Kunden mit dem Auto unterwegs sind, muss diesem Umstand aus unserer Sicht unbedingt Rechnung getragen werden.

Wir bitten deshalb den Gemeinderat um folgende Abklärungen:

- Ist es möglich, zuerst nur die Tempo-30-Zone einzuführen, anschliessend Verkehrszählungen durchzuführen und erst danach zu entscheiden, ob es die Poller überhaupt braucht? Es könnte ja sein, dass die Tempo-30-Zone als Verkehrsberuhigung durchs Dorf bereits ausreicht.
- Wir erachten diese Vorgehensweise als sinnvoller und kostengünstiger als die vom Kanton vorgesehene.
- Sollten sich die Poller doch als notwendig erweisen, könnten die Sperrzeiten wenigstens den üblichen Ladenöffnungszeiten angepasst werden?“

Sitzungsende 22:50 Uhr

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Gregor Messerli
Präsident

Monika Gfeller
Protokollführerin

Genehmigung Genehmigt in der Sitzung vom 23. Juni 2014.

Thomas Wälti
Sekretär